

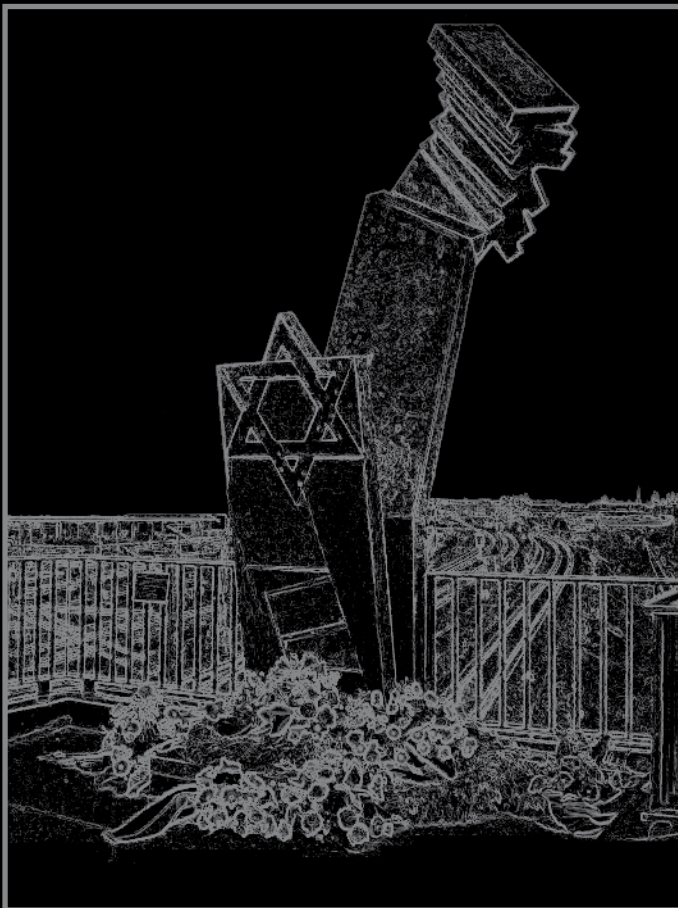
9. November 1938
9. November 2010

72. Jahrestag der Reichspogromnacht

Solidarität mit den Opfern des deutschen Antisemitismus
und Rassismus

„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“

Primo Levi



9. November, 17 Uhr

Mahnmal Levetzowstraße

Gedenkkundgebung und antifaschistische Demonstration in Moabit



Veranstalterin: AIM, Mitglied in der Berliner VVN-BdA
Unterstützerinnen: ABSO, Antifa TU, A.N.A., APB, Chipkartenini,
EAG, TOP,

INHALT:

Impressum	Seite 2
Editorial	Seite 3
Aufruf zum 9. November 2010	Seite 4
Interview mit Peter Vogl	Seite 6
„Fragt uns, wir sind die Letzten.“	Seite 7
Perfides „Angebot“ an Naziopfer	Seite 8
Nazis auf die Pelle rücken	Seite 10
Berliner NPD weiterhin auf NS-Kurs	Seite 11
„Sind wir Schland oder Sarrazin?“	Seite 12
Kippt Europa nach rechts?	Seite 14
Das Ende der Residenzpflicht in Berlin und Brandenburg?!	Seite 16
Deutsche „Helden“ vom Sockel holen	Seite 18
Deutsches Jahr	Seite 20
Widerstand - Ein Gebot!	Seite 24
Dresden bleibt nazifrei!	Seite 25
Neofaschismus in Deutschland	Seite 26
Punktsieg für eine antifaschistische Welt	Seite 28
TERMINE	Seite 29

Unterstützerinnen:

Antifa Prenzlauer Berg [APB]
apb@riseup.net
www.antifa-pberg.de.vu

Antifa TU Berlin
antifa_tub@no-log.org
www.antifa-tu-berlin.tk

Autonome Neuköllner Antifa [ANA]
autonome_neukoellner_antifa@riseup.net
www.antifa-neukoelln.net

Antifaschistisches Bündnis Südost [ABSÖ]
abso@no-log.org
www.abso-berlin.tk

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.
berlin@vvn-bda.org
www.berlin.vvn-bda.org

Emanzipative Antifaschistische Gruppe [EAG-Berlin]
eag-berlin@riseup.net
antifa-pankow.de.vu

Initiative gegen das Chipkartensystem
konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com
www.chipkartenini.squat.net

Theorie.Organisation.Praxis [TOP-Berlin]
mail@top-berlin.net
top-berlin.net

Impressum:

Antifaschistische Initiative Moabit [AIM]
a i m@gmx.de, www.antifa-moabit.de.vu
V.i.S.d.P.: M.Meier, Alt Moabit 25, 10555 Berlin

EDITORIAL

Am helllichten Tag und unter aller Augen ...

Auch dieses Jahr rufen wir, wie seit 20 Jahren, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. In den letzten Jahren haben sich regelmäßig viele hundert Menschen an unserer Kundgebung beteiligt. Anschließend wird sich eine Demonstration. Sie folgt dem Weg, den die Jüd_innen vom Sammel-lager in der Synagoge in der Levetzowstraße zum Deportations-bahnhof an der Putlitzbrücke am helllichten Tag und unter aller Augen gehen mussten.

Mit der diesjährigen Veranstaltung schließt sich ein Kreis. 1990 wollten wir ein Zeichen setzen gegen den überschäumen-den neuen deutschen Nationalismus, der die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu überblenden drohte. 20 Jahre später wird in Berlin am 9. November ein „Platz des 9.November“ eingeweiht - gemeint ist hier der 9.November 1989.

Seit einigen Wochen ergehen sich nicht nur konservative Politiker_innen im Namen von „europäisch christlich-jüdischen Werten“ in rassistischen Diffamierungen von Migrant_innen und deutschen Bürger_innen, denen ein muslimischer Migrati-onshintergrund zugeschrieben wird. Dass gerade in Deutschland das christlich-jüdische Zusammenleben als Auschwitz buchsta-biert wurde, findet dagegen keine Erwähnung.

Unsere Veranstaltung ist ein kleiner, aber entschiedener Ge-genpart dazu und erinnert daran, dass Antisemitismus, Rassis-mus und Nationalismus im „wiedervereinigten“ Deutschland keineswegs der Vergangenheit angehören.

Wir freuen uns, dass wir Marianne Kaufhold als Rednerin auf unserer Kundgebung gewonnen haben. Kaufhold wurde 1927 als Marianne Levi in Berlin geboren. Ihre Eltern betrieben ein Herrenartikelgeschäft im Wedding, welches während der No-venberpogrome 1938 beschmiert wurde. Kaufhold musste im selben Jahr die Schule verlassen, weil die Nazis sie als ‚Geltungs-jude‘ einstufte. In einer halb-legalen Schule für Verfolgte konnte sie weiter zur Schule gehen und später unter schwierigen Bedin-gungen eine Lehre beginnen.

Nicht zuletzt gilt unsere Solidarität denjenigen, die nach wie vor tagtäglich von Antisemitismus bedroht sind – den Jüd_innen, hier in Berlin, in Deutschland, in Israel und anderswo.

*AIM / Antifaschistische Initiative Moabit, Oktober 2010
c/o Berliner VVN-BdA e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
a_i_m@gmx.de | www.aim-berlin.de/vu*

72. Jahrestag der Pogromnacht

Kein Vergessen! Kein Vergeben!

Gegen Antisemitismus und Rassismus in Deutschland, Europa und überall!

Auftakt zur Vernichtung

Die Gewalt der Novemberpogrome vom 7. -13. November 1938 fand am 9. November ihren vorläufigen Höhepunkt. Überall in Deutschland und Österreich brannten die Synagogen, jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden überfallen, demoliert und geplündert. Jüd_innen wurden von deutschen Antisemit_innen gedemütigt und geschlagen, vergewaltigt und ermordet. Etwa 30.000 Männer wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Die Gewalt der Novemberpogrome bildete den Auftakt zu vollkommener Entrechtung, Deportation und Vernichtung der Jüd_innen in Deutschland und Europa.

Platz des 9. November - des 9. November 1989

Der 9. November 2010 ist der 72. Jahrestag der Pogromnacht 1938. Er fällt mit dem 21. Jahrestag des Mauerfalls und den anstehenden offiziellen Feierlichkeiten zusammen: So soll in Berlin in diesem Jahr an der Bornholmer Straße ein „Platz des 9. November 1989“ eingeweiht werden. Damit wird das Gedenken an die Novemberpogrome zunehmend überlagert. Die Behauptung, der Mauerfall 1989 stehe für die Überwindung „zweier Diktaturen auf deutschem Boden“, relativiert den Nationalsozialismus und seine Verbrechen als eine bedauerliche, aber überwundene Episode, die der geläuterten Musterdemokratie BRD voranging. Zudem unterschlägt sie die existierenden gesellschaftlichen Kontinuitäten zwischen dem NS und der BRD. Paul Spiegel, der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, warnte schon am 9. November 2000: „(...) Es darf aber niemals das Gedenken an den 9. November 1938 - an den staatlich organisierten Pogrom - verdrängt werden. (...) Die Freude über die Niederreißung der Mauer (...) taugt nicht zum Gedenken an die Millionen von Toten des Nazi-Terrors.“

Freiheit ohne Befreite und Befreier_innen

Am 3. Oktober, seit 1990 der „Tag der Deutschen Einheit“, findet zudem das alljährliche zentrale „Fest der Freiheit“ statt, bei dem sich ein deutlich gewachsenes und seit 1990 auch formal souveränes Deutschland selbst feiert.

Für die Verfolgten und Opfer des Nationalsozialismus ist aber der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung – von nationalsozialistischem Terror, Massenmord und Vernichtungskrieg. Auch der 27. Januar,

der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee 1945 und der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, soll die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen wach halten. Er ist erst seit 1996 ein offizieller Feiertag in Deutschland und seit 2004 Internationaler Holocaust-Gedenktage.

Antithese zu dem Gedenken an den 8. Mai und den 27. Januar

Im Mai 2009 forderte mit großer Mehrheit das Europaparlament dazu auf, den 23. August als Gedenktage für die „Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ zu begehen. An diesem Tag im Jahre 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet. Dieser Vorschlag stellt einen direkten geschichtsrevisionistischen Angriff auf sowie eine Antithese zu dem Gedenken am 8. Mai und 27. Januar dar, zwei Ereignisse die doch ein nicht-faschistisches, nicht-nationalsozialistisches Europa erst ermöglichten. Der bekannte israelische Holocaust-Forscher Yehuda Bauer schrieb in einer Entgegnung zu dieser Resolution: „Das EU-Statement, das eine direkte Wesensgleichheit zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion andeutet, ist eine ahistorische und verzerrte Abbildung der Ereignisse. Es deutet auch an, dass der Krieg durch beide Regime gleichmäßig eingeleitet wurde und dass sie folglich die gleiche Verantwortlichkeit für den Tod von über 35 Millionen Menschen in Europa tragen. Das ist eine Perversion der Geschichte“ (Übersetzung von Verfasser_innen). Die Sowjetunion verübte im Gegensatz zum NS keinen Völkermord, ebenso wie sie keinen beispiellosen Angriffs- und Vernichtungskrieg begann. Es war die sowjetische Rote Armee, die einen Großteil Europas von den Nazis befreite. Antisemitismus, Rassismus und Herrenmenschentum waren nicht die Grundlagen ihrer Politik.

Solcher Geschichtsrevisionismus verschafft der Erinnerungs- und Geschichtspolitik des deutschen Täter_innenstaats eine vorteilhafte Position, erscheint es doch als ein Opfer unter Anderen und jetzt Gleichen. Einerseits kann Deutschland als „Gedenkweltmeister“ sein außenpolitisches Image aufpolieren, andererseits bekommt ein modernisierter deutscher Revanchismus, wie bei der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, unterstützenden Rückenwind. Für osteuropäische Politiker_innen z.B. in den Baltischen Staaten aber auch in Ungarn ermöglicht eine solche von der Totalitarismus-Doktrin gestützte geschichtspolitische Perspektive die Entlastung ihrer Länder von der eigenen Verstrickung und Kollaboration mit der nationalsozialistischen Besatzung.



Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße

„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“ (Primo Levi)

Im Windschatten der Geschichtsumdeutung – Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus

Ferner bewegen sich im Windschatten des Geschichtsrevisionismus zunehmend erstarkende nationalistische, antisemitische und rassistische Parteien und Bewegungen in Europa. Hervorstechend ist hier beispielsweise die rechtsradikale Partei Jobbik, die 2010 als drittstärkste Kraft in das ungarische Parlament einziehen konnte. Diese macht mit dem Schüren antiziganistischer Ressentiments erfolgreich Politik, während in Frankreich eine drastische Abschiebepolitik gegen Roma vor allem aus europäischen Mitgliedstaaten durchgesetzt wird. Weiterhin sind rassistische und antisemitische Einstellungen in Europa weit verbreitet: Nach der Heitmeyerstudie von Ende 2009 stimmten 48 % der Deutschen teilweise oder ganz antisemitischen Statements zu, und 50,4 % der europäischen Bevölkerung stimmen der Aussage zu, dass es „zu viele Migrant_innen in ihrem Land gebe“.

Zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus

Als es am 31. Mai 2010 zur gewaltsamen Übernahme der Gaza Flotte durch die israelische Armee kam, waren dann auch vielfach antisemitischen Reaktionen in Europa zu vernehmen. Gerade im Internet hatten antisemitische Statements Hochkonjunktur. Abgesehen davon war die einhellige Empörung und Ablehnung aller politischen Parteien in Deutschland auffällig. Solche vorschnell einseitigen Verurteilungen und unverhältnismäßig starken negativen Reaktionen sind - vor allem Anderem - oft eins: anschlussfähig für Antisemitismus. Wir machen demgegenüber einen antifaschistischen Standpunkt stark, der unabhängig davon, wie die Bewertung des Vorfalls am 31. Mai oder eine Positionierung zum Nahostkonflikt allgemein aussieht, Antisemitismus und antisemitische Trittbrettfahrer_innen klar ablehnt. Kritik an Israel ist immer dann antisemitisch, wenn sie die Existenz des Staates der Holocaust-Überlebenden in Frage stellt, seine Legitimität bezweifelt, oder wenn sie sich mit Antisemit_innen gemein macht. Bemühungen, eigene Positionen dagegen zu immunisieren und sich unmissverständlich abzugrenzen, haben wir nicht nur bei den Unterstützer_innen der „Freedom-Flotilla“ vermisst.

Deutschland 1990 - Deutschland 2010

Der „Wiedervereinigung“ 1990 folgte eine nationalistische Euphorie, die sich ungehemmt in den rassistischen Pogromen, wie in Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen, entlud. Es folgten die Wahlerfolge neofaschistischer Parteien wie der NPD, rassistische Sondergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts. Dieser rassistische Normalzustand, der sich u.a. in den Sondergesetzen ausdrückt, setzt sich bis heute fort. Dass derzeit ein hoher sozialdemokratischer Politiker wie Sarrazin in Deutschland rassistische, völkische und auch antisemitische Aussagen mit starker medialer Unterstützung und Zustimmung aus weiten Teilen der mehrheitsdeutschen Bevölkerung machen konnte, ist Ausdruck eines weiteren gesellschaftlichen Rechtsrucks. Sarrazin propagiert eine Ideologie der Ungleichheit und der Ausgrenzung von den Menschen, die sowieso bereits an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind. Dies wird noch mit der Rhetorik eines vermeintlichen Tabubruchs verkleidet. Die massive Zustimmung zu seinen rechtspopulistischen Thesen lässt vermuten, dass es noch immer eine „völkisch-nationalistische (...) Konstante im Selbstverständnis der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft (...)“ gibt (Antifa Info Blatt, #87).

All diese Entwicklungen geben der Erinnerung an die Pogromnacht 1938 erschreckende Aktualität und Notwendigkeit. Der 9. November ist kein Tag, um Deutschland zu feiern, sondern der Tag, an dem die Deutschen 1938 ihre Bereitschaft zum Holocaust erklärten. Dem Gedenken an die deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus auch weiterhin Gehör zu verschaffen, bleibt unsere wichtigste Aufgabe. Der ehemalige Vize-Präsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, Emil Carlebach, brachte es anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung auf den Punkt: „Zu Frieden und Freiheit aber gehört auch die Tradition des Kampfes gegen den Faschismus, gegen Antisemitismus und Herrenmenschentum. In diesem Kampfe waren wir vereint, in diesem Kampfe bleiben wir vereint.“

In diesem Sinne hoffen wir, möglichst viele von Euch am 9. November auf der Gedenkdemonstration in Moabit zu sehen. Sie folgt dem Weg, den die Jüd_innen vom Sammellager in der Synagoge in der Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke am helllichten Tag unter aller Augen gehen mussten.

Antifaschistische Initiative Moabit, 2010



Deportationsmahnmal an der Putlitzbrücke

„Was ich wusste, war: Ich habe irgendeinen Makel und die anderen sind meine Feinde.“

Peter Vogl wurde von den Nazis als ‚Halb-Jude‘ eingestuft. Er musste die Schule verlassen und zusammen mit anderen „rassisch Verfolgten“ und Kriegsgefangenen Zwangsarbeit leisten. Sein Vater wurde als antifaschistischer Widerständler und seine Mutter als Jüdin ins KZ deportiert. Sie starb kurz nach ihrer Befreiung 1945 an den Folgen der Inhaftierung. Das folgende, gekürzte Interview mit Vogl ist der Broschüre „Fragt uns, wir sind die Letzten.“ entnommen.

Herr Vogl, Sie wurden 1928 in Jena geboren. Wann haben Sie den deutschen Faschismus das erste Mal bewusst wahrgenommen?

Bei der ‚Reichskristallnacht‘ 1938 in Wiesbaden. Ich war zehn Jahre alt und lief gerade von der Schule nach Hause. Ich sah, wie überall Wohnungen geräumt, wie an Geschäften ‚Judensterne‘ angebracht und wie aus zwei Wohnungen Möbel geschmissen wurden. Das war eigentlich der erste Schreck meines Lebens. Ich hatte Angst, dass ich nach Hause komme und es sieht dort genauso aus. Uns selbst ist aber an diesem Tag nichts passiert.

Sie sind während der Nazi-Zeit als Sohn einer Jüdin zur Schule gegangen. Wie wurde mit Ihnen dort umgegangen?

In der Schule wurde immer wieder mal von einigen der Hinweis gemacht: „Du bist ein Judenkind!“ Die Lehrer haben manchmal spöttische Bemerkungen gemacht, aber mehr nicht. Ich war ja noch Schüler. Bis 1943, ab da durfte ich die Schule nicht mehr betreten. Nach der 8. Klasse war auch für die ‚Halbjuden‘ die Schule aus.

Ihr Vater war zu diesem Zeitpunkt schon als antifaschistischer Widerständler verhaftet worden. Wie erging es ihrer Mutter?

Unsere Mutter hat meinen Bruder und mich am Leben erhalten, wurde aber Ende Februar 1943 im Zuge der großen Fabrikaktion nach Auschwitz deportiert. Als wir nach Hause kamen, war sie plötzlich weg.

Haben Sie damit gerechnet, dass Ihre Mutter eines Tages abgeholt wird?

Nein. Es war ja so, dass jüdische Ehegatten in der Regel geschützt waren, wenn der Partner ‚arisch‘ war. Außerdem war mein Vater ja auch im Ersten Weltkrieg Frontsoldat gewesen, was ihm beim Prozess auch zu Gute gehalten wurde. Wenn mein Vater nicht im KZ gewesen wäre, hätten sie meine Mutter auch nicht abtransportiert, glaube ich.

Was ist dann mit Ihnen und Ihrem Bruder passiert?

Ein paar Tage hat sich die jüdische Gemeinde in einer Auffangstelle für Juden in Frankfurt am Main um uns gekümmert. Dort wurden wir von unserer Tante väterlicherseits gewissermaßen aus den Klauen der Gestapo befreit. Sie sprach von einem gut deutsch-christlichen Haushalt und hat es tatsächlich geschafft, dass wir zu unseren Großeltern in die Nähe von Jena freigelassen wurden. Mein Großvater kannte einen antifaschistischen Zigarettenhändler, der wiederum einen antifaschistisch gesinnten Maurermeister kannte. Dort durfte ich dann eine Lehre als Maurer beginnen.

Und Sie wurden bei Ihrer Maurerlehre von den Nazis in Ruhe gelassen?

Zunächst ja. Doch 1944, da war ich sechzehn, kam eines Abends der Dorfpolizist zu mir. Er sagte: „Morgen früh fertigmachen mit Sturmgepäck! Du kommst in ein Arbeitslager.“ Wir kamen nach Weimar und wurden mit Polizeibegleitung in Marschkolonnen Richtung Marstall geschickt. Dort wurden wir von der Gestapo registriert, dann in einen Zug gesetzt und kamen nach Weißenfels in eine Kaserne – immer begleitet von Bewaffneten. Von dort aus ging es zunächst täglich zur Arbeit in der Nähe von Halle. Wir haben Bunker und Flakbatterien gebaut.

Später mussten wir in ein anderes Lager bei Halle und haben in einer Kohlenfabrik gearbeitet, danach in die Nähe von Leuna. Dort habe ich schwere Bombenangriffe erlebt und Bunker gebaut. Ein halbes Jahr lang haben wir zusammen mit anderen rassistisch Verfolgten und vor allem mit vielen Ausländern – Serben, Franzosen und Italienern – zusammengearbeitet. Es war ein Arbeitslager, rundum war Stacheldraht und es wurde bewacht. Wir hatten wenig zu essen, musste sechzig Stunden in der Woche arbeiten. Aber es ging noch einigermaßen – es war kein echtes KZ und stand unter der Oberaufsicht der Organisation Todt.

Wie haben Sie die Befreiung erlebt?

Plötzlich war die Überwachung weg und man hörte auch schon amerikanische Panzer. Die haben dann vor dem Lager gehalten und dann war da praktisch kein Deutscher mehr. Bevor wir offiziell entlassen wurden, habe ich mich mit einem gleichaltrigen Jungen auf den Weg nach Haus gemacht und bin durch die Front gelaufen. Ich kam dann nach Naumburg und wurde von den Amerikanern registriert. Wir haben alle in einer riesigen Turnhalle über-



nachtet, alle Flüchtlinge. Jemand hat uns dann zum ersten Mal von den KZs erzählt. Zwei Tage später habe ich mich auf den Weg nach Jena gemacht und war wieder zu Hause.

Wie erging es Ihren Eltern?

Mein Vater hat das KZ Dachau und das KZ Neckarelz überlebt. Bei einem Eisenbahntransport, der in der Osterwoche 1945 fast 800 gehunfähige KZ-Häftlinge aus den Neckarlager nach Dachau bringen sollte, wurde er in Osterburken befreit. Meine Mutter ist im Winter 1944 von Auschwitz ins KZ Ravensbrück deportiert worden. Als sie von der Roten Armee befreit wurde, war sie im Außenlager Malchow und schwer tuberkulosekrank. Mein Vater hat sie nach seiner Befreiung gesucht. Er ist auf einem Eisenbahnkohlewagen nach Malchow gefahren, hat dort ein Auto organisiert und sie nach Potsdam gebracht. Dort ist sie aber im Dezember 1945 an den Folgen ihrer Inhaftierung gestorben. Mein Bruder und ich haben sie nicht mehr erlebt.

Und Ihre Familie mütterlicherseits?

Die Großmutter war schon früh verstorben, der Großvater sollte 1943 nach Auschwitz deportiert werden, kam aber wegen einer Blinddarmentzündung in das jüdische Krankenhaus in Berlin. Dort hat der Arzt ihm eine so starke Narkose gegeben, dass er nicht mehr erwacht ist – sozusagen als Sterbehilfe. Der Rest der Familie meiner Mutter ist Anfang der dreißiger Jahre nach Israel gegangen. Meine Mutter wollte auch nach Israel, doch mein Vater glaubte, ihr würde hier schon nichts passieren.

Haben Sie damals den deutschen Faschismus bewusst abgelehnt?

Erst später. Ein aktiver Gegner war ich nicht – mich hat vor allem die Judenfeindschaft gestört. Was ich wusste, war: Ich habe irgendeinen Makel und die anderen sind meine Feinde.

„Fragt uns, wir sind die Letzten.“

Die Gespräche mit Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand sind unersetzlich für antifaschistisches Engagement. Sie sind erst recht unersetzlich für ein Engagement, dessen Anspruch es ist, die Auseinandersetzungen mit Neonazismus und menschenfeindlichem Gedankengut in der Gesellschaft immer mit einem Blick in die Geschichte zu verknüpfen und sich in eine Tradition des antifaschistischen Widerstands zu stellen. Doch auf die Möglichkeit der Begegnung mit Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand kann schon bald nicht mehr zurückgegriffen werden. Die Interview-Broschüre „Fragt uns, wir sind die Letzten.“ ist ein Versuch, dieser Tatsache praktisch zu begegnen. Sie enthält fünf Interviews mit Menschen, die von Verfolgung betroffen waren und/oder Widerstand leisteten.

Aktuelle Debatten um Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter_innen, die Darstellung ‚der Deutschen‘ als Opfer von Nazis und Krieg oder aber auch immer wiederkehrende Versuche, den Stalinismus oder gar die DDR mit Nazi-Deutschland gleichzusetzen, zeigen: Wie die Geschichte des deutschen Faschismus geschrieben und vor allem wie sie interpretiert wird, steht nicht fest, sondern ist und bleibt ein stark umkämpftes Feld.

Die Erinnerungen von Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand helfen uns hier, Einblick in antifaschistische Perspektiven auf diese Zeit zu bekommen. Sie sind ein bedeutendes Gegengewicht zum herrschenden Geschichtsbild und auch zu denjenigen Zeitzeug_innen, die scheinbar von nichts wussten – vor allem nicht von ihrer eigenen Schuld. Wir erwarten hierbei von Zeitzeug_innen nicht, dass sie uns Geschichte objektiv vermitteln. Diese Erwartung wird jedoch oft in aufwendig produzierten TV-Sendungen geweckt, in denen sie zeigen sollen, ‚wie es wirklich war‘. Im Mittelpunkt steht dabei nicht ihre eigene Perspektive, sondern die Instrumentalisierung dieser als vermeintliche Objektivität.

In der Interview-Broschüre „Fragt uns, wir sind die Letzten.“ geht es uns jedoch gerade um die individuellen Schlüsse und die Bewertungen, die uns nur Verfolgte und Menschen aus dem Widerstand vermitteln können. Unsere Interviews orientieren sich dabei weniger an einem wissenschaftlichen, vermeintlich objektiven Zugang zu Geschichte, sondern vielmehr an einem persönlichen. Wie erlebten Menschen Verfolgung und/oder Widerstand? Welche Erkenntnisse zogen sie daraus? Was waren (und sind) ihre Beweggründe sich gegen faschistisches Gedankengut einzusetzen?

Alle Befragten gehören der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) an, die als VVN 1947 in Frankfurt am Main von Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand gegründet wurde. In ihrer Vielfalt bieten die Schilderungen, ergänzt von einem mitlaufenden Glossar, zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere Auseinandersetzungen mit dem Thema. So beteiligte sich Rudolf Schiffmann als Mitglied der Roten Jungfront an den Auseinandersetzungen mit der SA im Roten Wedding. Gisela Lindenberg floh als jüdische Schülerin vor der antisemitischen Verfolgung mit Hilfe eines Kindertransportes nach London, wo sie in der Freien Deutschen Jugend politisiert wurde. Der Lehrling Karl-Heinz Joseph schmuggelte Nachrichten von Gefangenen des Untersuchungsgefängnisses Moabit und

„Die Gespräche mit Überlebenden des Widerstandes, sie sind unersetzlich, denn sie haben erlebt, wie es anfing und endete. Die Begegnung mit ihnen – nichts Vergleichbares gibt es, aus dem so viel Mut, Beharrlichkeit und Zuversicht geschöpft werden kann.“
(Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer, 1916-2006)



v.l.n.r.: Erika Baum (1942), Gisela Lindenberg (2010), Karl-Heinz Joseph (1943), Rudolf Schiffmann (1930)

wurde dafür im KZ Sachsenhausen interniert. Peter Vogl erlebte die Deportation seiner Eltern und musste, von den Nürnberger Gesetzen zum ‚Halb-Juden‘ erklärt, Zwangsarbeit für die Nazis leisten. Erika Baum schließlich wuchs in einem kommunistischen Umfeld im Roten Wien auf und ist sowohl Zeugin des aufkeimenden Austrofaschismus als auch der Jahre nach der Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland.

Selbstverständlich ist auch eine gewisse Distanz unsererseits zum Erzählten wichtig. Ein kritisch-solidarischer Umgang ermöglicht es uns, zusammen mit Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand eigene Geschichtsbilder zu entwickeln. Diese Zeitzeug_innen zeigen uns unsere Verantwortung auf, die Erinnerungen wach zu halten und gegen ‚offizielle‘ und revisionistische Deutungen der Geschichte vorzugehen. Nicht zuletzt führen sie uns vor Augen, wie wichtig auch heute ein Engagement gegen Neonazis und menschenfeindliches Gedankengut in der Gesellschaft und für emanzipatorische Ideen ist.

Doch diese unersetzliche Möglichkeit der Begegnung, von der Peter Gingold sprach, wird es schon bald nicht mehr geben. Gleichzeitig erleichtert das Fehlen von Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand Historisierung, Verharmlosung und Leugnung des von ihnen Erlebten, wodurch eine antifaschistische Gedenkpolitik an Bedeutung zu verlieren droht: Woran soll erinnert werden, wenn es scheinbar nur Geschichte ist, harmlos oder nie passiert?

Das Wissen um die Verbrechen der Nazis muss deswegen schon bald von anderen glaubhaft vermittelt werden: Wie gelingt es uns, Formen des Erinnerns zu entwickeln, die einerseits ohne die Menschen funktionieren, die verfolgt wurden oder im Widerstand waren, andererseits aber gerade das Vermächtnis jener Menschen fortführen? Wie kann ein lebendiger Umgang mit Geschichte aussehen, der sich glaubhaft in eine Tradition des antifaschistischen Widerstands stellt?

Die Notwendigkeit, Erinnern und Gedenken neu zu gestalten, birgt hierbei auch die Chance einer aktiven und selbstständigen Auseinandersetzung mit dem Geschehenen. Denn das Wissen um die Verbrechen der Nazis muss erst einmal bewahrt, muss sich immer wieder angeeignet werden, um es auf eine neue Art und Weise zu vermitteln. In diesem Sinne stellt die Broschüre auch eine Aufforderung zum Aktiv-Werden dar.

Kontakt: fragt-uns-broschuere@web.de // berlin@vvn-bda.org // berlin.vvn-bda.org

Perfides „Angebot“ an Naziopfer

Deutsche Bahn zwingt osteuropäischen NS-Überlebenden, die durch Vorgängerunternehmen deportiert worden waren, „humanitäre Hilfe“ von 25 Euro auf.

Während des Zweiten Weltkrieges leistete die Vorgängerin der Deutschen Bahn AG (DB AG), die Deutsche Reichsbahn, enorme logistische Unterstützung für den Expansions- und Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten. Neben dem Transport von Kriegsgüter und Nachschub gehörte es auch zum „Geschäftsfeld“ des Nazistaat-Unternehmens, mehrere Millionen Menschen innerhalb Europas in Konzentrations- oder andere Zwangslager zu verschleppen. Deportationen also, die den Betroffenen Tod oder die Sklaverei brachten und für die die Reichsbahn Fahrgeld kassierte. Seit langem ist es die Strategie des im Bundesbesitz befindlichen DB-Konzerns, sich einer Aufarbeitung der braunen Vergangenheit des Vorgängerunternehmens und einer Entschädigung der Opfer zu entziehen. Dies geschieht stets mit Verweis darauf, dass die Deutsche Bahn juristisch nicht als das Nachfolgeunternehmen der Reichsbahn anzusehen sei und somit keinerlei Rechtsverpflichtung gegenüber den Opfern bestehen würde.

Außer acht gelassen werden dabei allerdings nicht nur personelle Kontinuitäten zwischen beiden Unternehmen, sondern auch die enormen Deportationseinnahmen der Reichsbahn, die für die Erben im Bundesfinanzministerium bis zum heutigen Tag zu 2,2 Milliarden Euro* geworden sind und eine zumindest moralische Verpflichtung, die Verwicklung der Bahn in Holocaust und Weltkrieg nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Der Deutschen Bahn liegt im anderen Kontext allerdings sehr wohl daran, sich „traditionsbewusst“ zu präsentieren: Am 7. Dezember beispielsweise in Nürnberg. DB-Chef Rüdiger Grube und Kanzlerin Angela Merkel wollen dort das „175. Jubiläum der deutschen Eisenbahnen“ feiern. Überlebende und antifaschistische Initiativen haben angekündigt, dafür sorgen zu wollen, dass in Nürnberg

nicht in Vergessenheit gerät, welche Rolle deutsche Eisenbahnen und ihr Personal im Nationalsozialismus spielten.

Schlagzeilen machte in diesen Wochen der infame Umgang des Bahn-Konzerns sowie des Bundesverkehrsministeriums mit überlebenden Opfern der Reichsbahn-Deportationen, die heute vorwiegend in Polen, der Tschechischen Republik, der Ukraine, in Weißrussland und Russland wohnen und die für das ihnen widerfahrene Unrecht nie entschädigt wurden. Der Verein „Zug der Erinnerung“ forderte gemeinsam mit Opferverbänden von der Bahn eine Entschädigung in Höhe von 150 bis 300 Euro pro Person. In einer im März 2010 verabschiedeten „Warschauer Erklärung“ teilen die Überlebenden mit: „Auch 65 Jahre danach (nach der Befreiung, EAG) ist die Verbrechenbeihilfe der ‚Deutschen Reichsbahn‘ nicht abgegolten. Eine angemessene Ehrung der Millionen, die von den Transporten mit der ‚Deutschen Reichsbahn‘ nicht zurückkehrten, wäre längst an der Zeit gewesen. Den bedürftigen Überlebenden zu helfen, sollte selbstverständlich sein“.

Für alle noch lebenden 200000 osteuropäischen Betroffenen der Massendeportationen in die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager bot die Deutsche Bahn zunächst insgesamt eine Million Euro, später stockte sie um zwei Millionen Euro auf. Auch dies bedeutete nicht einmal 20 Euro pro Person. Eine individuelle Auszahlung ist nicht vorgesehen. Die Abwicklung der Zahlung, die die Bahn zynischerweise „humanitäre Hilfe“ nennt, wird durch die bundeseigene Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) übernommen. Überweisungen sollten in 36 Raten von jeweils rund 50 Cent innerhalb dreier Jahre erfolgen. Welche Bedeutung die Würde von NS-Opfern in den Führungskreisen der DB AG scheinbar hat,

lässt sich schon erahnen, zieht man als Vergleich herbei, dass jüngst Kund_innen der Bahn 500 Euro Entschädigung dafür erhielten, dass sie im Sommer einige Stunden in einem überhitzten Zug ausharren mussten.

Die überwiegende Mehrheit der Überlebenden der Reichsbahn-Deportationen in Osteuropa befindet sich heute in einer finanziellen Notlage. Das „Angebot“ der Bahn, das auch unter Beteiligung des Bundesverkehrsministeriums zustande kam, komme daher einer „sozialen Nötigung“ gleich und die Überlebenden werden so zu Bettlern deklassiert, wie Armin Dahm vom Verein „Zug der Erinnerung“ klarstellte. Ende September 2010 präsentierte sich die Bahn nun in neuer Großzügigkeit: Als „letztes Angebot“ bietet das Unternehmen 25 Euro pro Person, aufgestückelt in Monatsbeträge von rund 40 Cent in den nächsten fünf Jahren. Wiederum soll dies durch die Stiftung EVZ organisiert werden. Der Vorstand der EVZ war bei den Verhandlungen auch als Unterhändler beteiligt, für die Organisation der Zahlungen an die Opfer soll die Stiftung Verwaltungsgebühren einstreichen. Dieses bürokratische Ungestüm mit insgesamt 60 Miniraten entpuppt sich unter Berücksichtigung dessen, dass alle Überlebenden heute im betagten Alter sind und viele von ihnen die nächsten fünf Jahren nicht überleben werden, als besonders perfide. Weil die Betroffenen sonst ganz leer ausgegangen wären, wurde auf die angebotenen 25 Euro schließlich eingegangen. Vielen Überlebenden wäre selbst diese dringend benötigte minimale Geldzahlung vorenthalten geblieben, wenn dieses, wie eine Erpressung erscheinende, „Angebot“ der Bahn nicht akzeptiert und eine Auszahlung weiter verzögert worden wäre.

Die Weigerung der Bahn, die Reichsbahnbeihilfe zum Massenmord aufzuarbeiten und den Opfern Anerkennung zu zollen, spricht Bän-



*Denkmal zur Erinnerung an die Deportierten
in Yad Vashem, Israel*

de. Dies bekamen in den letzten Jahren gerade die Organisatoren des „Zugs der Erinnerung“ zu spüren. Der gemeinnützige Verein erinnert mit einer Ausstellung in einem fahrenden Zug an hunderttausende Kinder, die während der Nazizeit in Europa mit der Deutschen Reichsbahn deportiert wurden. Über 125mal machte der „Zug der Erinnerung“ seit seiner ersten Fahrt im Jahr 2007 Station in Bahnhöfen. Damit ging ein immer wieder aufflammender Konflikt mit den Verantwortlichen der Deutschen Bahn einher, der den Organisator_innen des „Zuges der Erinnerung“ aufgezwungen wurde. Teilweise verweigerte das Unternehmen mit haarsträubender Begründung, dass große Bahnhöfe überhaupt angefahren werden durften oder es kassierte horrend Trassengebühren.

Während die DB und andere deutsche Nachfolgerinnen von NS-Unternehmen nicht zuletzt durch internationale Verträge nach 1990 nahezu Rechtssicherheit vor Entschädigungsforderungen von im Ausland wohnhaften Naziopfern oder deren Erben genießen können, ist in den USA eine Möglichkeit gefunden worden, Firmen finanziell empfindlich zu treffen, wenn sie keine ernstesten Konsequenzen aus ihrer NS-Vergangenheit ziehen bzw. sich einer Aufarbeitung verweigern. Im Bundesstaat Kalifornien sind seit August 2010 Anwärterfirmen für öffentliche Ausschreibungen zu Auskünften über ihre „Beteiligung an Deportationen in Vernichtungslager, Arbeitslager, Konzentrationslager, Kriegsgefangenenlager oder ähnliche Lager in der Zeit zwischen Januar 1942 und 31. Dezember 1944“ gezwungen. Im Falle eines geplanten Hochgeschwindigkeitszugs, für den öffentliche Mittel in Höhe von rund 10 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt werden, scheint die Deutsche Bahn genauer gesagt US-Unternehmen, an denen die DB Anteile hält, nun das Nachsehen zu haben. Ähnlich ergeht es auch Siemens. Beide Unternehmen wollen den ICE

in den USA verkaufen. Als Gewinnerin eines erheblichen Anteils der Ausschreibung könnte hingegen die französische Staatsbahn hervorgehen: Sie kündigte nach langer Verweigerung an, ihre Archive mit Informationen über französische Kollaborateure der deutschen Besatzungsdeportationen zu öffnen.

„Die historischen Nachfolger der ‚Deutschen Reichsbahn‘ müssen ihrer moralischen und finanziellen Pflicht endlich nachkommen“, erklären die Überlebenden der Deportationen am Schluss ihrer „Warschauer Erklärung“. Dafür zu sorgen, dass ihr Schicksal und das der unzähligen nicht mehr lebenden NS-Opfer nicht in Vergessenheit gerät, bleibt für Antifaschist_innen auch zukünftig Verpflichtung.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

Weitere Informationen:

www.zug-der-erinnerung.eu

**Diese Zahl ist einer Berechnung entnommen, die durch den Verein „Zug der Erinnerung“ in Auftrag gegeben wurde. Insgesamt hat die Deutsche Reichsbahn durch Deportationen mindestens 445 Millionen Euro (umgerechnet in heutige Währung) „erwirtschaftet“. Bei einer Berücksichtigung der jeweils geltenden marktüblichen Verzinsungsraten in den letzten 65 Jahren, wären dies heute 2,2 Milliarden Euro.*

Nazis auf die Pelle rücken !

Antifaschistische Aktionen gegen Neonazis in Berlin Mitte

Mitte der 90er Jahre versuchten schon einmal Neonazis aus Tiergarten/Moabit, Wedding und Charlottenburg in diesen Berliner Bezirken politischen Einfluss zu gewinnen. Dank dauerhafter antifaschistischer Präsenz - diversen Outings, Infoveranstaltungen und Aufklärung in den Stadtteilen - gelang es nach knapp zwei Jahren, den Auftritt der damaligen „Kameradschaft Beusselkiez“ zu beenden. Der Chef der Kameradschaft war dem permanenten antifaschistischen Druck auf Dauer nicht gewachsen und hatte es dann vorgezogen, seinen Wohnort in Moabit aufzugeben.

Anfang 2010, also ca. 13 Jahre nach der Episode der „Kameradschaft Beusselkiez“, traten dann wieder Neonazis in einem organisierten Zusammenhang im Berliner Bezirk Mitte auf. Als „Freie Nationalisten Berlin Mitte“ (FN-Mitte) machten sie tendenziell in Moabit, vor allem aber im Stadtteil Wedding und später auch in Weißensee auf sich aufmerksam. Im Vorfeld des Naziaufmarsches am 1. Mai in Berlin entwickelten sich FN-Mitte zu einem äußerst aktionistischen Teil der Berliner Neonazi-Szene. Zu ihrem Repertoire gehörten neben Plakat- und Sprühaaktionen und der Teilnahme an diversen „Nazi-Aufmärschen“ auch Angriffe auf linksalternative Lokalitäten und Hausprojekte. Im Detail kann man sich darüber auf <http://laufdiepelleruecken.blogspot.de/chronik/> informieren. Die Mitte-Neonazis präsentierten ihre überschaubaren intellektuellen Fähigkeiten u. a. auf Flugblättern und ihrer Homepage, wo sie den Versuch unter-

nahmen, aktuelle politische Themen zu verarbeiten und ihren Senf dazuzugeben.

Nachdem es dank antifaschistischer Recherche gelungen war, den Personenkreis der FN-Mitte und insbesondere die aktivsten Protagonisten öffentlich zu machen, waren sie zumindest in Wedding und Moabit erst mal nicht mehr wahrnehmbar.

Mehrere Neonazis von FN-Mitte hat die Outing-Aktion und somit der Verlust ihrer Anonymität schon ein wenig beeindruckt, bis auf einen „Kameraden“ aus Weißensee, der nach wie vor offensiv und aggressiv sein NS-Weltbild in seinem Wohnumfeld verbreitet und sich jetzt als Held fühlt. Aber auch hier werden Antifaschist_innen weiter intervenieren. Die Kampagne „Kein Kiez für Nazis“ war schon mit mehreren Aktionen, u.a. mit einer Antifademo in Weißensee, präsent.

Wer sich auch hier im Detail weiter informieren will kann das auf <http://linksunten.indymedia.org/en/node/21708> und <http://linksunten.indymedia.org/en/node/22574> machen.

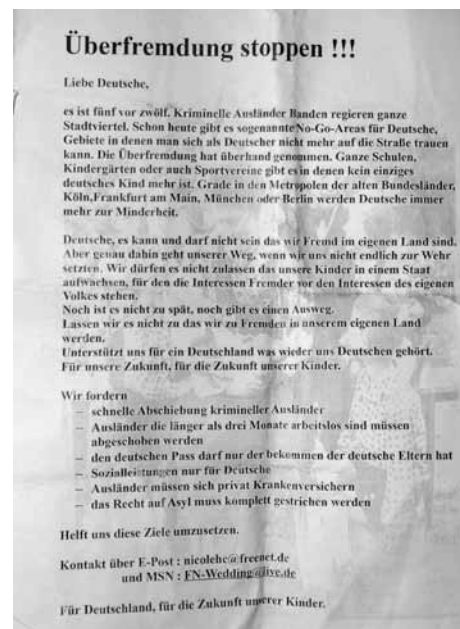
Analog zu den 90er Jahren hat der Führungskader der FN-Mitte seinen Weddingener Wohnsitz aufgekündigt und ist erst mal unbekannt verzogen. Auch er musste feststellen, dass es Konsequenzen nach sich zieht, wenn man mit seinem NS-Weltbild in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Einer kraftvollen Antifademo durch den Weddingener Kiez von den Leopoldplatz am 17. September folgte dann am 27. September das Ende der „Freie Nationalisten Berlin Mitte“. Auf ihrer

Homepage verkündeten sie ihre Selbstauflösung, wenige Stunden später war dann auch ihre Internetpräsenz beendet. Die Selbstauflösung steht zwar im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Hausdurchsuchung bei einem FN-Mitte-Mitglied, jedoch hat die antifaschistische Kampagne „Nazis auf die Pelle rücken“ ebenso erheblich dazu beigetragen. Somit war die Lebensdauer von FN-Mitte deutlich kürzer als die der damaligen „Kameradschaft Beusselkiez“. Daraus ziehen wir das Fazit, das antifaschistische Engagement sich lohnt, da somit der Aktionsradius von Neonazis eingengt werden kann.

Nazis auf die Pelle rücken, immer und überall!

Antifaschistische Initiative Moabit



Mit diesem Flugblatt machten die „Freien Nationalisten Berlin Mitte“ Anfang 2010 in Weddingener Kiezen auf sich aufmerksam



Der Neonazi Steve Hennig (im Vordergrund), Führungskader der „Freien Nationalisten Berlin Mitte“, stellt seine antisemitisches Weltbild gerne zur Schau.

Berliner NPD weiterhin auf NS-Kurs



Uwe Meenen, Eckart Bräuniger, Sebastian Schmidtke, Dietmar Tönhardt

Um den in der Amtszeit von Jörg Hähnel zerstrittenen und dezimierten Landesverband wieder zu festigen startete der neugewählte Berliner NPD-Landesvorstand am 18.09.2010 auf dem Bus- und Tram-Endhalteplatz hinter dem S-Bhf. Schöneweide mit der Kundgebung „Überfremdung stoppen“ eine Kampagne, die das zentrale politische Element dieser neonazistischen Partei, den Rassismus bedient. In Verbindung mit einem Rechts-Rock-Konzert wollten sie auch wieder die Kameradschaftsszene und andere parteiunabhängige Kräfte näher an die NPD heranführen. So war auf der relativ trostlosen Veranstaltung das Klientel zusehen das die Berliner Neonaziszene zur Zeit zu bieten hat. Wie schon auf der „Solidaritätskundgebung“ vor dem Rathaus Treptow für die stadtweit, als Treffpunkt gewalttätiger Neonazis, bekannte Kneipe „Zum Henker“ kuschelten „parteiunabhängige Neonazis“ von Ex-Frontbann 24 und die mittlerweile ehemaligen-Freien Nationalisten Berlin Mitte auch in Schöneweide mit der NPD.

Der Berliner NPD-Landesverband hatte am 6. Februar 2010 einen neuen Landesvorstand gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende Jörg Hähnel wurde von Uwe Meenen aus Würzburg abgelöst, der innerhalb der NPD als radikaler Nationalsozialist gilt. Meenen hatte 1994 mit Horst Mahler und Reinhold Oberlercher das „Deutsche Kolleg“ gegründet, das als nationalsozialistische Denkfabrik dem extremen Antisemitismus Mahlers eine Plattform bot. Meenens Weltbild knüpft auch an verschwörungstheoretische Elemente an. So hinterließ er nach dem Tode des am Schlaganfall verstorbenen

Partei-Vize Jürgen Rieger im NPD-Kondolenzbuch den Satz: „Du hattest einen Schlaganfall wie Rudolf Heß sich umgebracht hat und die Erde eine Scheibe ist.“

Als stellvertretende Landesvorsitzende sind Eckart Bräuniger, Sebastian Schmidtke und Dietmar Tönhardt gewählt worden. Die Rückkehr des früheren Berliner NPD-Chefs Bräuniger als Integrationsfigur für die Rechtsrockszene und abtrünnige NPDler sowie die Wahl von Sebastian Schmidtke, der führender Protagonist in der Berliner „Kameradschaftsszene“ ist, weisen auf die Weiterführung einer nationalsozialistisch geprägten Linie hin. Dietmar Tönhardt, ehemaliger Berliner DVU-Vorsitzender ergänzt das NS-Führungs-Quartett der Berliner NPD. Der gescheiterte Ex-Vorsitzende Jörg Hähnel wurde nicht ganz in die Wüste geschickt und ist als Beisitzer in den neuen Vorstand gewählt worden. Auch die weiteren Vorstandsmitglieder Josef Graf, Richard Miosga, Stefan Lux, Sebastian Thom, Jan Sturm, Sandor Makai und Michaela Zanker, alles langjährige

neonazistische Aktivist_innen, deuten auf die NS-Ausrichtung der Berliner NPD hin. Mit ihrer Politik ist die NPD auch immer wieder Stichwortgeberin für rassistische Gewalttaten, die von den von ihr umworbenen Personen aus der „Kameradschaftsszene“ verübt werden. 2008 verübten Neuköllner Neonazis

im Stadtteil Rudow 2 Brandanschläge auf Häuser von Familien mit Migrationshintergrund. Die polizeilichen Ermittlungen überführten Robert Hardege und Markus Pohle als Täter. Am 29. 1. 2009 wurden sie von einer Jugendkammer des Berliner Landgericht zu mehrjährigen Haftstrafen wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung verurteilt.

Es ist davon auszugehen das die Berliner NPD mit der Kampagne „Überfremdung stoppen“ auch 2011 den Wahlkampf zu den Abgeordnetenhauswahlen gestalten wird. Dementsprechend ist mit einem verstärkten Aktionismus der NPD zu rechnen –Veranstaltungen in öffentlichen Räumen, Partei-Infostände, Kundgebungen und Aufmärsche.

Auch hier sollte das Motto „Nazis auf die Pelle rücken“ aufgegriffen und vor allem umgesetzt werden.

Weitere Informationen:

<http://zusammengendienpd.blogspot.de/>



Besucher der NPD-Kundgebung/Rechtsrockkonzert am 18.9.2010 in Berlin-Schöneweide: Robert Hardege (mit Sonnenbrille), verurteilt wegen versuchter rassistisch motivierter Brandstiftung, und Julian Beyer (links im Bild), der mehrmals verdächtigt wurde, an der Planung von Brandanschlägen beteiligt gewesen zu sein, aber von der Polizei nicht überführt werden konnte.

ENDLICH: WOCHENENDE OHNE MEINUNGS-MAINSTREAM!
VIEL LINKER JOURNALISMUS FÜR WENIG GELD: 8 X ND FÜR NUR 9,90 €

Freuen Sie sich auf acht Wochenenden mit aktuellen linken Themen, klugen Reportagen und interessanten Debatten. Freuen Sie sich auf **8 große Wochenend-Ausgaben** der überregionalen linken Tageszeitung aus Berlin für **nur 9,90 €**.

Jetzt testen: **030/2978-1800**
 oder **wochenend-abo.de**

Weg vom WE-Mainstream:
 Langes Wochenende zu zweit in Rom gewinnen!*

* Kein Folgeabo, Lieferende automatisch.
 ** Die Gewinnspieleinnahme ist unabhängig von einer Bestellung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

„Sind wir Schland oder Sarrazin?“

Rassismus und Sozialchauvinismus im Land der Aufarbeitungsweltmeister

„Im Wettbewerb um kluge Köpfe müssen wir die Besten anziehen und anziehend sein, damit die Besten bleiben. (...) Wir verschließen nicht die Augen vor denjenigen, die unseren Gemeinsinn missbrauchen. ‚Unser Sozialstaat ist kein Selbstbedienungsladen ohne Gegenleistungsverpflichtung‘, so schlicht und so richtig hat es die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig ausgedrückt. (...) Wir achten jeden, der etwas beiträgt zu unserem Land und seiner Kultur.“ Christian Wulff, 3.10.2010

Blitzis im Herbst

Im September 2010 titelte die BZ, Berlins auflagenstärkste Zeitung, mit der Frage „Sind wir Schland oder Sarrazin?“ Gerade eben noch, zur WM, waren „wir“ eine festliche Multikulti-Nation in Schwarz-Rot-Geil. Medien und Öffentlichkeit hatten ihre Freunde an Neubürger_innen „mit Migrationshintergrund“, die mit „unserer Fahne“ um die Häuser zogen, und sie auch tapfer gegen nörgelnde „Autonome“ verteidigten. Mit Sami und Mesut im weißen Trikot schien das gegenseitige Misstrauen überbrückt, und wir alle endlich kollektiv ga-ga.

Und kaum war die WM vorbei, fiel dieses Sommermärchen in Scherben. Thilo Sarrazin, sozialdemokratisches Vorstandsmitglied der Bundesbank, löste mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ eine „Integrationsdebatte“ mit längst überwunden geglaubten rassistischen Zuspitzungen aus. Politik und Feuilleton rügten zwar pflichtschuldig Sarrazins rasselnde Spekulationen über die Erblichkeit von „Intelligenz“, machten sich aber seine Kernthese zu eigen: Es bestehe ein „Integrationsdefizit“, ja eine regelrechte „Integrationsverweigerung“ migrantischer „Parallelgesellschaften“. Derweil ließen ganz normale Deutsche in einer Flut von Leserbriefen und online-Kommentaren ihren xenophoben Ressentiments freien Lauf. Es be-

durfte offenbar nur dieses einen symbolischen Tabubruchs aus der politischen Chefetage, um die realen Bedrohungslagen und Spannungen einer krisenhaften Gesellschaft völkisch zu formieren. Das anschließende Befriedungsmanöver des Bundespräsidenten - seine Rede „Vielfalt schätzen, Zusammenhalt fördern“ am Tag der deutschen Einheit - bremste zwar vorläufig den Durchmarsch der Rassist_innen im politischen Mainstream. Doch auch Wulff bestätigte Sarrazins Maßstab nationaler Anerkennung. Stigmatisiert wird, wer dem Standort auf der Tasche liegt und nichts leistet, wer sich nicht produktiv für Deutschland verwerten kann. In dieser Situation müssen Marginalisierte mit und ohne „Migrationshintergrund“ um gesellschaftliche Schonung konkurrieren, während sich die Mehrheitsgesellschaft an ihrer dosierten Toleranz erbaut und verschärfte Ansprüche diktiert. Diese neuerliche „Sozialstaatsdebatte“ ist brandgefährlich, weil sie an die unberechenbaren Konjunkturen der Standortkonkurrenz geknüpft ist, und deshalb zu ideologischen Kurzschlüssen neigt. „Schland“ ist nicht ohne „Sarrazin“ zu haben, das multikulturelle Teamwork der Standortameisen nicht ohne die Ausgrenzung der Überflüssigen, und nicht ohne die endlose Ertüchtigung und Disziplinierung des nationalen Humankapitals.

Kulturalisierung des Sozialen

Sicher, bei Sarrazin bekommen auch unproduktive German_innen ihr Fett weg. Sie werden als faul und teuer verhöhnt, als unnütze Kostgänger_innen des Standorts, als menschlicher Müll. Doch gerade dieser richtungsoffene Chauvinismus verstärkte in der Folge die ethnisch-nationale Frontstellung der Debatte. Deutsche Ureinwohner_innen können sich immer noch auf ihr Deutschsein berufen, wenn nicht auf deutsche Gene, dann auf deutsche Kultur. Indem Sarrazin den Untergang des Abendlandes unter Kreuzber-

ger Minaretten herbei phantasiert, erneuert er eine erprobte Ausgrenzungslinie, und versichert den Mehrheitsdeutschen das Wohlgefühl des nationalen Innenraums, samt privilegierter Versorgungsansprüche. Wie zur Absicherung dieser haltlosen ethnisch-nationalen Grenzziehung bereicherte das Schlagwort der „Deutschenfeindlichkeit“ migrantischer Jugendlicher die Debatte. Neu an diesem Vorwurf ist nicht der rassistische Argwohn gegenüber türkischen und arabischen Schüler_innen, neu ist die dreiste Kulturalisierung ihres sozialen und ideologischen Schicksals. Vorbei die Zeiten, in denen der nervtötende weltanschauliche Absolutismus von Teenagern als ohnmächtiger Widerstand gegen ausweglose gesellschaftliche Zumutungen entschlüsselt wurde. Gerade die Generation, die als Jugendliche selbst nur dank apokalyptischer Revolutionshoffnungen durch den Tag kam, beklagt jetzt „dieses mystische Erhabensein, dieses Auserwähltsein auf muslimischer Seite“ (Buschkowsky, SPD Bürgermeister v. Neukölln) als fremdvölkischen Ursprung aller Konflikte. Ihre eigenen Kinder, die Christians und Christianes dieser Welt, können dank Herkunfts- und Bildungsprivileg meist spielend auf religiöse Erlösungsversprechen verzichten. Sie sind bereits die „Auserwählten“ des strukturellen Bildungsrassismus deutscher Schulen.

Brutalisierung des Sozialstaats

Doch diese Verschärfung des Kulturkampfes von oben und unten fußt auf einer allgemeinen Brutalisierung des Sozialstaats. Die „soziale Marktwirtschaft“, die in der Krise als Kapitalismus mit menschlichem Antlitz verkauft wurde, hat ihren fürsorglichen Charakter längst verloren. Im kapitalistischen Globalisierungsschub seit 1989/90 hat Deutschland konsequent soziale Garantien beschnitten. Aus sozialen Rechten wurden Ermessensleistungen der staatlichen Arbeits- und Sozialverwaltung. Und während die

Gewerkschaften zu hause den sozialen Frieden hüteten, konnte die deutsche Exportindustrie die Welt erobern. Die neuen Einschnitte des „Sparpakets“, das in erster Linie die Kreditwürdigkeit des Standorts absichern soll, treffen vor allem Erwerbslose, also gesellschaftlich Ohnmächtige. Wo euphemistisch eine „Stärkung von Beschäftigungsanreizen und Neujustierung von Sozialleistungen“ (Kabinettsbeschluss, Juni 2010) angekündigt wird, grenzen die realen Maßnahmen an administrativen Sadismus. Denn zusätzlich zur entwürdigenden Dauerüberwachung durch die Hartz-IV-Bürokratie sollen nun Elterngeld und Heizkostenzuschuss gestrichen werden. Im Klartext: Die Unterschichten sollen nicht unproduktiv in warmen Wohnungen sitzen und sich sinnlos vermehren. Aus ihren Kindern wird nämlich im Durchschnitt eh nichts. Den vorläufig Verschonenen macht Prediger Gauck Mut zur Nötigung: „Und wir müssen uns nicht fürchten, auch in den Problemzonen der Abhängigen Forderungen an diese zu stellen. Es schwächt die Schwachen, wenn niemand mehr etwas von ihnen erwartet.“ (Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus, 2.10.2010).

Dass dieser perverse Chauvinismus der Eliten als Menschenfreundlichkeit durchgeht, sagt alles über die objektive Menschenfeindlichkeit des entwickelten Kapitalismus. Es könnte natürlich noch viel schlimmer kommen. Aber auch ganz anders. Deshalb bleibt die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln auch heute unsere Losung.

TOP B3rlin
www.top-berlin.net

»DIE WAHRHEIT IST IMMER KONKRET.«

Lenin

konkret
 Lesen, was andere nicht wissen wollen.
 Jeden Monat am Kiosk.

www.konkret-magazin.de

Kippt Europa nach rechts?

Antisemitismus und ethnisch-völkisches Denken In Ungarn und die Probleme des Widerstands dagegen Ein Interview mit Magdalena Marsovszky

Magdalena Marsovszky ist Kulturwissenschaftlerin aus Budapest, setzt sich seit einigen Jahren mit dem zunehmenden Antisemitismus in Ungarn sowie dem gesellschaftlichen Rechtstrend kritisch auseinander und engagiert sich dagegen. Zuletzt war sie in Berlin auf dem Tag der Erinnerung und Mahnung am 12. September 2010 am Lustgarten auf der Podiumsdiskussion „Kippt Europa nach rechts?“ zu sehen.

Am 30. März 2010, dem Abend des „Seder“, bewarfen Unbekannte in Budapest die in der Nähe der Synagoge in der Dohány Straße liegende Wohnung von Rabbi Shmuel Ruskin zweimal mit Steinen. Die Polizei riet den Gästen lediglich, doch ohne Kippa nach Hause zu gehen. Viele Ungarn verschweigen im Alltag lieber ihr Jüdischsein. Im Dezember 2009 wurde Vilmos Hanti, Präsident des ungarischen Verbandes der Widerstandskämpfer und Antifaschisten - demokratische Union (MEASZ) und Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Budapest, auf der Internetseite „HUNHIR.HU“ bedroht. Diese Seite ist eng mit den verbotenen „Ungarischen Garden“ und damit der neofaschistischen Partei Jobbik verbunden. Man werde „die jüdische Ratte“ früher oder später erwischen und ihn in ein wieder eröffnetes Konzentrationslager verschleppen, heißt es dort. Sind dies nur schrille Schlaglichter oder schon Symptome einer allgemeinen aggressiv antisemitischen Grundstimmung in der ungarischen Gesellschaft?

Das sind Symptome einer allgemeinen aggressiv antisemitischen Grundstimmung in der Gesellschaft. Viele Menschen werden angegriffen, gegen viele Menschen wird tagtäglich gehetzt. Etliche sind in den letzten Jahren deshalb aus Ungarn ausgewandert. Man kann mit der Antisemitismusforscherin Shulamit Volkov sagen, dass in Ungarn der Antisemitismus ein kultureller Code ist. Festzustellen, wer nun konkret die Ziele antisemitischer Angriffe sind, ist fast nur mithilfe der Antisemitismusforschung möglich. Es ist nämlich nicht einfach so, dass Leute mit einer sichtbaren jüdischen Identität (z.B. Kippa) angegriffen werden, aber sie natürlich auch. Es gibt in der Antisemitismusforschung den von Klaus Holz geprägten Begriff des „antikommunistischen Antisemitismus“, der aufgrund des „Mythos vom jüdischen Kommunismus“ alles Kommunistische und Bolschewistische als „verjudet“ ansieht. Es gibt aber auch eine weitere Form des Antisemitismus, den man „antiliberalen Antisemitismus“ nennen könnte. Nach dieser Ansicht wird alles, was mit der liberalen Demokratie zu tun hat, z.B. das Denken in der liberalen Demokratie, auch als „verjudet“ angesehen. Die Begriffe „Kommunist“, „Bolschewik“ oder „Liberal“ stehen im gegenwärtigen völkischen gesellschaftlichen Diskurs als Codes für „verjudet“ oder „Jude“. Dementsprechend werden vor allem linke und linksliberale Politiker und Intellektuelle angegriffen, unabhängig davon, ob sie eine jüdische Identität haben oder nicht. Das bekannte Lexikon der Rechtsextremen, das Metapedia, führt eine eigene ungarische Seite mit den Namen und

Angaben von linksliberalen Menschen des öffentlichen Lebens, die als (im Grunde zu liquidierende) Juden dargestellt werden. Wer hier Jude ist, wird von den Betreibern der Internetseite bestimmt und nicht von den Betroffenen selbst.

Gibt es in Ungarn vernetzten Widerstand gegen diese Entwicklungen? Von einer engagierten Zivilgesellschaft, die Träger einer gesellschaftlichen Gegenbewegung sein könnte, hört man hierzulande sehr wenig. Gibt es antifaschistische Gruppen, „Antifas“, die ja z.B. in Deutschland einen wesentlichen Anteil am Kampf gegen Rechts haben?

Es gibt keinen vernetzten antifaschistischen Widerstand. Es gibt so etwas wie vereinzelt Versuche. Manchmal sind es bei angemeldeten Demonstrationen dann fünf, seltener 40 oder 50 und ganz selten noch mehr Teilnehmer. Es kann sein, dass eine Demonstration überall (im Internet und in einem der zwei bis drei linksliberalen Print- oder Internetmedien) groß angekündigt wird, und dann ist man am Ende zu fünf. Es liegt wohl auch daran, dass das Wort „Antifaschismus“ eine pejorative Konnotation in vielen Menschen hervorruft. Viele spüren einen instinktiven, inneren Widerstand, wenn sie dieses Wort hören. Das dürfte damit zusammen hängen, dass der so genannte „Antisemitismus von Links“ eine sehr große Rolle im gesellschaftlichen Diskurs spielt. Viele Antifas verknüpfen – nach dem Faschismusbegriff von Dimitrov - den Faschismus mit dem „internationalen Großkapital“ und wollen mit dem Faschismus gleich den Kapitalismus bekämpfen. Viele Intellektuelle glauben, dass das nicht gehen wird. Deshalb distanzieren sie sich von den „Antifas“.

Das bedeutet auch, dass sich in Ungarn zu dem traditionellen Antisemitismus von „Rechts“ ein Antisemitismus von „Links“ gesellt. Während die einen „dreckige Kommunisten!“ und „Nachfolger der Bolschewiki!“ rufen, schreien die anderen: „Nieder mit dem internationalen Großkapital!“. Das ist gerade auch hierzulande für antisemitische Verschwörungsszenarien anschlussfähig und mit ihnen verknüpft. Nach meiner Beobachtung potenzieren sich die verschiedenen Typen des Antisemitismus und erdrücken regelrecht alle Versuche eines demokratischen Widerstandes.

Ja, es stimmt, dass die demokratisch agierende „Zivilgesellschaft“ in Ungarn noch sehr schwach entwickelt ist. Vielen ist jedoch nicht bewusst, dass es sehr wohl eine perfekt vernetzte zivilgesellschaftliche Struktur gibt, die sich jedoch nicht im demokratischen Sinne, sondern im Sinne eines völkischen Widerstands profiliert. Das größte Netz ist das der „zivilen Bürgerkreise“, das 2002, nach den für die „Bürgerlichen“ verlorenen Parlamentswahlen, vom gegenwärtigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán gegründet wurde. Dieses Netz und die anderen kleineren, jedoch ebenfalls bedeutenden „zivilen“ Organisationen haben wesentlich zum Sieg der „Bürgerlichen“ im April 2010 beigetragen, weil sie „von unten“ zuarbeiteten. Dass

Dumm, brutal, national. Das ungarische Vorbild der NPD, die Magyar Gárda (Ungarische Garde) in Békéscsaba. Sie tritt trotz Verbot weiterhin auf.



sie keine Demokraten sind und statt für die Demokratie für das völkisch-magyarische Volkstum kämpfen, ändert nichts daran, dass sie sich selbst als Teil einer „zivilen Befreiungsbewegung“ definieren. Eine demokratische zivile Bewegung gibt es dagegen tatsächlich nur in rudimentären Ansätzen.

Wo stehen die ungarischen Medien in diesen Auseinandersetzungen? Der (Fidesz nahe) Sender Echo TV ist für regelmäßige antisemitische Ausfälle bekannt. Andererseits weigerte sich das öffentlich rechtliche Fernsehen und Radio erst kürzlich, Wahlwerbung von Jobbik zu senden, in der Roma diskriminiert wurden. Das Oberste Gericht beurteilte dies allerdings als nicht zulässigen Eingriff in die Meinungsfreiheit.

Ja, beinahe alle Fidesz nahen Medien hetzen. Das erwähnte Echo TV, das dem Medienmagnaten Gábor Széles gehört, übt regelmäßig üble Hetze aus, zum Teil mit einem Biologismus, der liberale Intellektuelle oder Schriftsteller in die Nähe von auszurottenden Ratten stellt. Ein Star unter den rechten Journalisten, Zsolt Bayer, Gründungsmitglied von Fidesz, jedoch heute ohne Parteibuch, nannte wiederholt sozialistische Politiker „Eiweißhaufen“. Dieser Journalist ist auch für seine regelmäßigen antisemitischen Ausfälle in der Tageszeitung Magyar Hírlap (ebenfalls Fidesz nah und im Besitz von Széles) bekannt. In seiner antiziganistischen Hetze geht er sogar so weit, seine Leser zu ermuntern, auf das Gaspedal zu treten, wenn sie ein „Zigeunerkind“ überfahren können. Das Fidesz nahe Hir TV und die Tageszeitung Magyar Nemzet üben nicht weniger Hetze aus, sie sind nur codierter.

In der erwähnten Wahlwerbung von Jobbik ging es darum, dass sich Jobbik gegen „Zigeunerkriminalität“ einsetzen werde. Dass sie anfangs nicht ausgestrahlt wurde, ist wohl als eine der eher wenigen demokratischen Stellungnahmen, leider auch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern, anzusehen. Leider musste die Wahlwerbung nach dem Urteil ausgestrahlt werden, ein Schlag ins Gesicht der Demokratie.

Machen die überwältigenden Wahlerfolge von Fidesz, aber auch ihres kleinen hässlichen Bruders (und schlagenden Arms?) Jobbik, Ungarn zu einem Vorreiter einer allgemeinen völkisch-nationalistischen Rechtsentwicklung in Osteuropa?

Das könnte durchaus sein. Momentan ist zwar Jobbik etwas schwächer geworden, weil die Fidesz nahen Medien dafür sorgen, dass Jobbik weniger zu Wort kommt und auch weil sich Fidesz von Jobbik tatsächlich distanziert. Doch dadurch werden die gesellschaftlichen Strukturen nicht geändert. Wir dürfen nicht vergessen, dass Fidesz der eigentliche Ziehvater von Jobbik ist. Nach der Wahl Niederlage der „Bürgerlichen“ im Jahre 2002 soll - nach einem Anfang

2009 erschienenen Artikel - der vormalige Kanzleramtsminister des Orbán Kabinetts (1998-2002) István Stumpf gesagt haben, Fidesz brauche eine Partei rechts von ihr, die sich radikalere Meinungen erlaubt. Seriösen Parteien in Europa ist das nicht gestattet, eine solche Partei kann aber diese Meinungen äußern, ohne der Mutterpartei zu schaden. Stumpf hat tatsächlich den Begriff „Mutterpartei“ gewählt, was ich so deute, dass die Fidesz seiner Ansicht nach eine radikalere Partei ins Leben rufen sollte, um Dinge aussprechen zu lassen, die er selbst nicht aussprechen kann - praktisch ein Sprachrohr für alles, was offiziell noch tabuisiert ist. Im wichtigsten der bereits erwähnten Bürgerkreise, dem der damalige Oppositionsführer Viktor Orbán vorstand, wurde deshalb auch der spätere Führer von Jobbik, Gábor Vona, als Mitglied aufgenommen. Nach den Kommunalwahlen 2006 koalierte Fidesz in bis zu hundert Fällen mit Jobbik auf lokaler Ebene.

Das ethnisch-völkische Denken ist nicht nur in Ungarn, sondern auch in den anderen postkommunistischen Staaten dominant. Im Grunde herrscht vielfach die Meinung, dass der Ethnopluralismus, also das, was man mit den Slogans „Deutschland den Deutschen“ und „Ungarn den Magyaren“ das „Europa der Väterländer“ nennt, mit Demokratie gleich sei. Deshalb strebt man in diesen Ländern - mal radikaler, mal weniger radikal - danach, die vorgestellte völkische Gemeinschaft zu verwirklichen. Sollte diese Denkweise in den neuen EU-Ländern nicht demokratisiert werden können, kann es durchaus sein, dass eine ähnliche gesellschaftliche Entwicklung wie in Ungarn zu erwarten ist.

Das Interview führte Anfang Oktober 2010 ein Mitglied der AIM, die sich an dieser Stelle herzlich bedankt. Der umgangssprachliche Begriff „Antifas“ blieb leider im Interview zwischen uns und Magdalena etwas unklar. Dies ist sicherlich auch den verschiedenen (Selbst-)Zuschreibungen dazu in den ungarischen und hiesigen Diskussionen geschuldet.

Wir möchten noch auf mehrere Internetblogs/-seiten hinweisen, die sich mit dem Rechtstrend in Ungarn beschäftigen:

antifa-hungary.blogspot.com (ungarisch, englisch und deutsch)

pusztaranger.wordpress.com (deutsch)

Informationen über Aktivitäten, Strategien und Netzwerke der extremen Rechten in Europa:

www.eurorex.info

Das Ende der Residenzpflicht in Berlin und Brandenburg?! Aber nicht für alle!

Das Recht politisch Verfolgter auf Asyl ist eine der wenigen Lehren, die aus dem deutschen Faschismus gezogen wurden. Und dennoch kann sich jede Bundesregierung seit der ‚Wende‘ damit rühmen, ihren Teil zur Verschlechterung der Lebenssituation von Flüchtlingen und MigrantInnen beigetragen zu haben, die ohnehin keine gute war. Die Residenzpflicht ist eine der zahlreichen juristischen Schikanen, die im Asylverfahrensgesetz festgelegt sind. Sie zwingt die Betroffenen, für jede Bewegung aus ihrem „Landkreis“ einen sogenannten „Urlaubsschein“ zu beantragen. Verweigern sich die Betroffenen dieser demütigenden Prozedur oder fahren sie trotz Verbots, ist die Chance hoch, in eine der zahlreichen, rassistisch motivierten Polizeikontrollen zu geraten. Dann drohen ihnen Geld- und sogar Haftstrafen.

Seit dem 29. Juli 2010 sind in Berlin und Brandenburg zwei Erlasse in Kraft getreten, dank derer Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge Dauererlaubnisse für den Aufenthalt im jeweils anderen Land erhalten. Damit können Flüchtlinge sich mit weit weniger Aufwand relativ frei zwischen den Ländern und vor allem auch in ganz Brandenburg bewegen. Die Freude darüber ist allerdings nur eingeschränkt zulässig: Auf Grund der restriktiven Ausnahmeregelungen können fast 50% der Betroffenen weiterhin mit einer Residenzpflicht sanktioniert werden!

Als „Initiative gegen das Chipkartensystem“ halten wir die politische Entscheidung der beiden SPD/Linkspartei regierten Bundesländer

für längst überfällig und interpretieren das Einlenken des Berliner Senats und die Umsetzung der Wahlkampfbeschlüsse in Brandenburg als einen Erfolg intensiver antirassistischer Kämpfe. Gerade in Berlin wurde mal wieder deutlich, dass der Senat sich zwar gerne menschenfreundlich gibt, die konkrete Politik jedoch erst durch Druck von der Straße in Gang kommt. In beiden Bundesländern lag einer der letztjährigen Schwerpunkte antirassistischer Kämpfe in der Skandalisierung der menschenverachtenden Residenzpflicht und dieser Druck war nötig!

Immer wieder haben Initiativen wie The VOICE, die Flüchtlingsinitiative Berlin/Brandenburg, die Residenzpflicht AG der beiden Flüchtlingsräte, das Bündnis gegen Lager, die Lagerintour und wir als Chipini durch Aktionen auf das Thema und seine Dringlichkeit aufmerksam gemacht. Proteste vor Parteitag, Infoveranstaltungen und Vernetzungstreffen, kraftvolle Demonstrationen und auch die direkte Unterstützung der Betroffenen bei Gerichtsverfahren und im deutschen Behördenschlingel waren nötig, um ausreichend Druck auf Politik und Verwaltung auszuüben. Diese Kämpfe haben letztendlich dazu geführt, dass zumindest für einen Teil der Betroffenen das Reisen in Berlin und Brandenburg mit Dauerurlaubsscheinen statt einzelnen ‚Urlaubsscheinen‘ und damit ohne die Gefahr von ‚Rechts‘-Verstößen möglich geworden ist.

Auch wenn uns solche Erfolge immer wieder zeigen, dass Kämpfe, Proteste und ein Sich-Anlegen mit der Politik zu realen Verbes-

serungen führen können, so entpuppt sich die Regelung beim genauen Hingucken doch als ein fauler Kompromiss. Denn in der jetzigen Ausführung zeigt sich, dass mal wieder geteilt und geherrscht wird und nach Aufenthaltstiteln und Kooperationswillen differenziert werden soll. Die grundsätzliche rechtliche Trennung zwischen Flüchtlingen und allen anderen Menschen bleibt bestehen: Asylsuchende und Geduldete müssen immer noch einen Antrag auf einen ‚Dauerurlaubsschein‘ stellen; die Normalität aller anderen Menschen in diesem Land sieht bekanntlich anders aus! Auch an der Bewilligungspraxis der einzelnen kommunalen Ausländerbehörden hapert es noch. Viele Flüchtlinge sind nicht einmal über die genauen Regelungen informiert und viele denken auf Grund missverständlicher Presseäußerungen in den letzten Monaten, die Residenzpflicht sei gar ganz abgeschafft.

Hinzu kommt, dass all jene Geduldeten von der Regelung ausgenommen sind, denen vorgeworfen wird ihre eigene Abschiebung nicht zu unterstützen oder denen unterstellt wird, sie würden ihre Identität verschleiern. All diese Menschen bekommen Sachleistungen und/oder werden in de facto Ausreisezentren mit Vollverpflegung gesteckt, und sie dürfen auch jetzt nicht nach Brandenburg zum Baden fahren.

Ein Ende der stigmatisierenden Polizeikontrollen, die in der Regel auf Grund rassistischer Stereotype stattfinden, ist so nicht abzusehen. So lange ein Teil der Flüchtlinge nicht von der neuen Regelung profitieren kann und alle anderen weiterhin gezwungen sind, ‚Urlaubsscheine‘ zu beantragen – selbst wenn die Zeiträume



erweitert wurden – bleibt auch für PolizistInnen die Motivation bestehen, nach angeblichen Vergehen zu fahnden. Für alle Flüchtlinge bleibt damit weiterhin die Angst und die Möglichkeit der öffentlichen Demütigung und Ausgrenzung bestehen!

Beim genauen Lesen der Verwaltungsanordnung wird deutlich, dass den einzelnen Ausländerbehörden und ihren MitarbeiterInnen dabei viel Spielraum in der Umsetzung gelassen wird: Wer aus ihrer Sicht nicht kooperiert, muss gefügig gemacht werden und als Strafe kann die Residenzpflicht auch jetzt noch eingesetzt werden. Hier entpuppt sich, versteckt im Amtsdeutsch, das, was die Politik eigentlich immer bestritten hat: Dass nämlich die Residenzpflicht in erster Linie ein Repressionsinstrument ist! Sie soll kontrollieren, entrechten und schikanieren und den Betroffenen zeigen, dass sie hier nicht erwünscht sind. Eine politische Begründung für die Residenzpflicht jenseits des Strafinstrumentes sucht man in den Argumenten der BefürworterInnen der beiden Bundesländer vergeblich.

Wir finden es wichtig, diese Strategie des „Teilens und Herrschens“ öffentlich zu machen. Wir fordern die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für alle und überall. Denn auch wenn die Medien so künden, abgeschafft ist die Residenzpflicht weder in Berlin und Brandenburg noch lange nicht, geschweige denn bundesweit! Die Politik wurde nur gezwungen, einen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Hier kann und wird aber nicht Schluss sein! Ob die ange-

strebte Bundesratsinitiative Erfolg haben wird, ist unklar und solange die Residenzpflicht an sich nicht zur Debatte steht, sondern weiterhin sogenanntes „AusländerInnenrechtliches“ Instrumentarium bleibt, müssen und werden die Kämpfe dagegen weitergehen!

Initiative gegen das Chipkartensystem

Weitere Informationen unter:

www.residenzpflicht.info



JUNGLE-WORLD.COM

Die Kuh ist vom Eis. Die Bundesregierung konnte ihre Visionen nahtlos umsetzen. Mit ihrem historischen Reformwerk, das nun in trockenen Tüchern ist, hat sie ein für allemal die Weichen gestellt. Indessen ist in der Bevölkerung die Schere zwischen Arm und Reich größer geworden. Dennoch muss die Regierung nicht zurückrudern. Der kleinere Koalitionspartner stärkt der Bundeskanzlerin nach wie vor den Rücken, indem er ihr den Rücken freihält, sodass sie weiter Rückenwind hat. Kritische Stimmen, die sich zunächst gemehrt hatten, warfen keinen Schatten auf die Regierungsbank, sondern gingen unter. Die Regierungsmannschaft bröckelt nicht, sondern hält weiter Kurs. Ein Bruderzwist ist nicht in Sicht. Fest steht: Über der Bevölkerung, die sich noch immer in einem Dornröschenschlaf befindet, obwohl sie massiv der Schuh drückt, wird weiter das Damoklesschwert Hartz IV schweben. Es bleibt also eine Zitterpartie. Wenn die Zeichen der Zeit nicht erkannt werden und nicht bald ein zündender Funke überspringt und einen flächendeckenden Flächenbrand entzündet, wird der Widerstand, der momentan anzupöbeln und sich langsam nicht umgesetzt werden. Und wenn die Regierung dann ein weiteres Mal ein Promotor anwirft und grünes Licht für soziale Grausamkeit gibt, kann es jetzt schon als abgefahren gelten. Die Grenzfälle, die nicht gehen kann, dass Teile des außerparlamentarischen Spektrums sowie linke, sozialpatriotische Strukturen und Praxen sich schon im Vorfeld gegenseitig vernichten, um zeitnah Druck aufzubauen. Aber da wird wohl nichts draus. Und alle gucken dann abermals in die Bohre bzw. dumm aus der Wäsche.

**Vollabern lassen
können Sie
sich woanders!**

Deutsche „Helden“ vom Sockel holen – Deutschland ist uns keine Träne wert

Die Tage werden kürzer. Das Wetter wird zunehmend mies. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass der November vor der Tür steht. Doch der November bringt nicht nur Regen, Dunkelheit und schlechte Laune mit sich, sondern auch einen ganzen Reigen von gruseligen deutschen Heuritualen. Eins dieser geschichtsrevisionistischen Happenings findet, wie bereits in den letzten Jahren auch, im Norden Neuköllns statt. Auf dem alten Garnisonsfriedhof am Columbiadamm versammeln sich Vertreter_innen verschiedener nationalkonservativer bis offen neonazistischer Gruppierungen, um dort ihre Kränze abzuwerfen, deutsche Soldaten als „Opfer“ zu betrauern und so den Verlauf der Geschichte in ihrem Sinne umzudeuten.

Dass für diese geschichtsrevisionistischen Umtriebe gerade der Garnisonsfriedhof am Columbiadamm genutzt wird, hat seinen guten Grund. Der Friedhof kann auf eine lange Geschichte deutschnationaler Traditionspflege und der mit ihr verbundenen Verherrlichung des deutschen Militarismus zurückblicken. Auf ihm findet sich eine größere Anzahl an Gräbern und monströsen Denkmälern, die alle deutschen Kriege seit 1870/1871 bis einschließlich des Zweiten Weltkrieges glorifizieren und die gefallenen deutschen Soldaten ehren und zu „Helden“ erklären. Ein Beispiel dafür liefert der sogenannte „Herero-Stein“, mit dem den deutschen Soldaten gedacht wird, die am deutschen Genozid an den Herero und Nama, auf dem Gebiet des heutigen Namibias, beteiligt waren. Dazu zählt aber auch die Ehrung von Soldaten, die sich am Vernichtungskrieg in Osteuropa und damit an den Verbrechen der Wehrmacht beteiligt haben. Dass sich in unmittelbarer Nähe zum Friedhof das frühere KZ Columbia-Haus befand, in dem Gegner des nationalsozialistischen Regimes gefoltert, gedemütigt und ermordet wurden, verleiht dem Friedhof mit samt seiner deutschnationalen

Ausrichtung eine Extraportionen unvergleichlich widerlicher Atmosphäre.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), Veteranenverbände, Burschenschaften, der Bund der Vertriebenen, DVU, Republikaner, NPD, Altnazis. Das ist das Spektrum, aus dem sich die deutschtümelnde Trauergemeinde Jahr für Jahr maßgeblich zusammensetzt. Dass diese verschiedenen Spektren hier zusammenarbeiten ist kein Zufall. Sie alle vereint die Verherrlichung von Militarismus, ihre revisionistische Sicht auf geschichtliche Abläufe, insbesondere die Sicht auf die beiden von Deutschland begonnenen Weltkriege, und ihre Anhängerschaft zum deutschen Opferkult.

Dabei treffen hier im Ansatz durchaus unterschiedliche Facetten revisionistischer Geschichtsschreibung aufeinander. Der neonazistische Flügel der Taschentuchschwenger_innen macht aus seinen historischen Ansichten und seinen derzeitigen Ansinnen keinen Hehl. Er verklärt die deutschen Verbrecher, wie Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörige, ohne Umschweife zu „Helden“, betrauert offen die Nichteinlösung der deutschen Großmachtpläne und fordert ungemindert die Revision der deutschen Grenzen.

Die Geschichtsauffassung der eher konservativ als neonazistisch geprägten Akteur_innen kommt dagegen auf den ersten Blick fast bieder daher. In den Veröffentlichungen des VDK und in den Reden seiner Repräsentant_innen werden die Leiden des Krieges immer wieder allgemein abstrakt hervorgehoben und universalisiert. So brachte der Bundesvorsitzende des VDK, Reinhardt Führer, in seiner Rede zum Volkstrauertag 2009 auf dem Lillienthalfriedhof am Südstern in Berlin-Kreuzberg zum Ausdruck: „Wir (VDK, Anmerkung der Verfasser_innen) sind gegen Krieg, gegen alle Gewalt und gegen Gewaltherrschaft“. In dieser Denkweise verschwinden die Kategorien von Ursache und

Wirkung, Tätern und Opfern. Alle Menschen werden zu gleichberechtigten Opfern des Krieges erklärt, womit das abstrakte Leid zu einem universellen Maßstab gemacht wird. Somit ist es möglich, deutsche Soldaten und die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges als vollkommen gleiche Opfer zu betrachten. Täter sind in dieser Konstruktion dann nur noch eine kleine, uniformtragende Hitler-Clique, die die Deutschen gegen ihren Willen verführt und die Bevölkerung Europas allein ins Unglück gestürzt hat. Diese Darstellung führt in ihrer Konsequenz zur vollständigen Nivellierung der deutschen Schuld, indem sie das deutsche Täter_innenkollektiv von der Verantwortung für die von ihm verübten Verbrechen freispricht. Der VDK Slogan von der „Versöhnung über den Gräbern“ entpuppt sich somit bei genauere Betrachtung als modernisierter Versuch der Schuldabwehr, die ihrerseits die Voraussetzung für die bruchlose Fortführung der nationalen Identität darstellt.

Einer ähnlichen Logik der Schuldabwehr bedient sich auch der Bund der Vertriebenen (BdV) samt seiner Vorsitzenden Erika Steinbach. Nicht umsonst beteiligt sich der BdV alljährlich an den Kranzniederlegungen zum sogenannten Volkstrauertag, unter anderem auch auf dem Garnisonsfriedhof. Die von einem großen Medienecho begleiteten jüngsten Aussagen von Steinbach zur Frage der Schuld am Zweiten Weltkrieg belegten nochmals, dass offen revanchistische und die deutsche Kriegsschuld verleugnende Positionen zum Standardrepertoire des BdV zählen. In ihren Äußerungen Anfang September hatten führende Vertreter_innen des BdV's, unter ihnen auch Steinbach, behauptet, Polen hätte mit der Mobilmachung 1939 den ersten Schritt in Richtung des 2. Weltkrieges gesetzt. Damit bekräftigten sie indirekt die alte These der historischen Nationalsozialisten von der Schuld Polens am Kriegsausbruch und dem folgenden

Überfall der Wehrmacht. Diese Behauptung lässt historische Begebenheiten bewusst außer Acht. Im März 1939 annektierten deutsche Truppen das Memelland, ein Teil von Litauen, und besetzten die Tschechoslowakei und errichteten in ihrem ehemaligen slowakischen Teil ein nationalistisches, deutschhöriges Marionettenregime. Gleichzeitig stellten die Deutschen in einem Ultimatum Territorialansprüche auf das Gebiet der Stadt Danzig. Die Mobilisierung der polnischen Streitkräfte war dann nur noch eine Reaktion auf die vorrausgegangenen deutschen Aggressionen an den Nord- und Südgrenzen Polens. Angesichts der schon lange vor 1939 ausformulierten deutschen Planungen eines Eroberungs- und Vernichtungskrieges zur „Schaffung neuen Lebensraums im Osten“ sind derartige Ausführungen, wie die von den BdV-Funktionären vorgetragenen, ohnehin in jeglicher Hinsicht unhaltbar. Weder der BdV noch seine Vorsitzende fielen dabei zum ersten Mal durch geschichtsrevisionistische und revanchistische Haltungen auf. Noch 1990 stimmte die heutige Vorsitzende Erika Steinbach, in ihrer Position als CDU-Bundestagsabgeordnete, gegen die ohnehin bezeichnend späte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze. Der BdV ist dabei keineswegs eine isolierte Vereinigung von Spinner_innen, die im bundesrepublikanischen Diskurs kein Gehör finden würden. Ganz im Gegenteil wird die Organisation vom deutschen Staat maßgeblich mitfinanziert. Hochrangige Bundespolitiker_innen sind regelmäßig zu Gast auf BdV-Tagungen, während zahllose BdV-Vertreter_innen sich in den höchsten Gremien von Parteien, wie der CDU/CSU befinden. Auch wenn die allzu offene Artikulation des geschichtsrevisionistischen Gedankenguts in diesem Fall, als Widerspruch zu den guten (Wirtschafts-)Beziehungen des Global Player Deutschlands zum Nachbarn Polen erkannt und folglich die Äußerungen stigmatisiert wurden, sind solche geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Positionen

keineswegs isoliert. Sie finden in der deutschen Bevölkerung bedeutenden Zuspruch und müssen allein schon deswegen ernst genommen und bekämpft werden. Auch sie tragen dazu bei, Schuldabwehr zu betreiben und einen positiven Bezug auf die deutsche Nation zu schaffen.

Auch für dieses Jahr ist von den Akteur_innen des sogenannten Volkstrauertages auf dem Garnisonfriedhof also vor allem eins zu erwarten: eine geballte Ladung an militaristischer Verklärung sowie ein Maximum an Schuldabwehr und Abfeierei der deutschen Nation. In den letzten Jahren gelang, dank antifaschistischer Interventionen, die Isolierung des traurigen Spektakels, sodass es den Vertreter_innen der Bundeswehr, der FDP und CDU mittlerweile als unmöglich erscheint, weiterhin an der Veranstaltung teilzunehmen. An diese Erfolge gilt es auch in diesem Jahr anzuknüpfen. Solange sich Nazis und Konservative versammeln, um ihre geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Parolen zu verbreiten, bleibt antifaschistisches Engagement notwendig.

Autonome Neuköllner Antifa



10. Oktober 2009, Friedrichshain / Mitte (Berlin)

Auf einer Demonstration von 800 Neonazis am 10. Oktober 2009 wird aus dem Demonstrationszug mehrmals laut die Parole „Juden raus“ gerufen. Die Polizei griff nicht ein. Die Demonstration der Rechtsextremen richtete sich gegen angeblich „linken Terror“ gegenüber dem Lokal „Zum Henker“.

20. Oktober 2009, Eschwege (Hessen)
In der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober wurde im Stadtteil Niederhone in Eschwege eine Hauswand mit „Huso“ (für Hurensohn) und „Juden“ besprüht. Die Polizei sucht nach Hinweisen.

25. Oktober 2009, St. Pauli (Hamburg)
Am Sonntag, den 25. Oktober, sollte im Stadtteil St. Pauli im Kino „b-movie“ der Film „Warum Israel“ vom Regisseur Claude Lanzmann gezeigt werden. Zur Vorführung kam es nicht, da eine Gruppe linker Antisemiten den Eingang zum Kino blockierte und Besucher gewaltsam davon abhielt, an der Veranstaltung teilzunehmen. Dabei sollen Beschimpfungen wie „Judenschweine“ und „Schwuchteln“ gefallen sein. Einige Besucher sollen durch Schläge ins Gesicht verletzt worden sein.

29. Oktober 2009, Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern)
Die Gedenktafel zur Erinnerung an die Stralsunder Synagoge wurde gestohlen. Hierzu wurde am 29. Oktober Anzeige erstattet. Ein Bild der Tafel ist auf einer rechtsextremen Internetseite aufgetaucht, auf der sich über den Diebstahl lustig gemacht wurde.

8. November 2009, Dresden (Sachsen)
In der Nacht vom 7. auf den 8. November wurde das Gemeindezentrum der Neuen Synagoge in Dresden mit antisemitischen Sprüchen und Hakenkreuzen beschmiert.

9. November 2009, Gera (Thüringen)
In der Nacht zum 9. November wurde in Gera eine von der Antifaschistischen Aktion Gera aufgestellte Glasscheibe in Gedenken an die Reichspogromnacht vor 71 Jahren geschändet. Die Stadt spricht von „Wind- und Wettereinflüssen“.

14. November 2009, Laatzen (Niedersachsen)
In Laatzen (Region Hannover) wurde in der Nacht vom 13. auf den 14. November der Gedenkstein für die im Nationalsozialismus zerstörte Synagoge geschändet. Bisher Unbekannte haben diesen mit Farbe beschmiert und den Kranz umgestoßen, der im Gedenken an die Reichspogromnacht am 9. November dort angebracht wurde.

15. November 2009, Charlottenburg (Berlin)

In der Nacht vom 14. auf den 15. November hat ein 21-jähriger in Berlin Charlottenburg auf der Straße antisemitische Parolen gerufen und den Hitlergruß gezeigt. Der Mann wurde von Polizeibeamten festgenommen. Der Staatsschutz ermittelt.

12.-14. November 2009, Trier (Rheinland-Pfalz)

Zwischen dem 12. und 14. November haben unbekannte Täter ein Hakenkreuz sowie Teile einer SS-Rune auf die Synagoge in Trier gesprüht. Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

14. November 2009, Arnstadt (Thüringen)

Gerhard Plein, Mitglied des Stadtrats und Vorsitzender der AG Demokratie in Arnstadt wurde im Zuge seines Engagements gegen einen Neonazi-Aufmarsch vom 14. November 2009 auf Plakaten im Stadtgebiet antisemitisch verunglimpft.

25. November 2009, Grunewald (Berlin)

Am Mittwoch, den 25. November 2009 beleidigte ein Mann am Nachmittag eine Besuchergruppe vor einem Deportationsmahnmal am Bahnhof Grunewald in Wilmersdorf. Der 61-jährige zeigte gegen 15.30 Uhr den gerade vom Ort abfahrenden Besuchern den sogenannten „Hitlergruß“ und rief rechtsradikale Parolen. Zu diesem Zeitpunkt vorbeifahrende Polizeibeamte nahmen den alkoholisierten Mann fest.

30. November 2009, Oschersleben (Sachsen-Anhalt)

In der Nacht vom 29. auf den 30. November 2009 kam es auf dem Friedhof in Oschersleben/Sachsen-Anhalt zur Schändung jüdischer Gräber. Dabei wurden drei Grabsteine von früheren jüdischen Gemeindemitgliedern von unbekanntem Tätern umgeworfen.

30. November 2009, Berlin

Die Betreiber des rechtsextremen Internet-Radiosenders „European Brotherhood“ wurden am 30. November 2009 zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Der Sender war durch eindeutig nationalistische bzw. antisemitische Programminhalte, in denen mit Parolen wie „Heil Hitler“, „Synagogen brennen“ und „Happy Holocaust“ gegen Ausländer und Juden gehetzt wurde, ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten.

Ende November 2009, Bremerhaven (Bremen)

Gegen den DVU-Politiker Rudolf Bargmann wurde Ende November 2009 Strafanzeige erstattet, nachdem er vor der Bremerhavener Stadtverordneten-

versammlung eine Prämie für die freiwillige Rückkehr von Juden ins „sogenannte gelobte Land“ forderte.

Ende November 2009, Dietfurt (Bayern)

Die SPD-Politikerin und Parteivorsitzende des bayrischen Kreises Neumarkt, Carolin Braun, wurde Ende November 2009 von der Neonazi-Kameradschaft „Altmühltal“ in einer Mail mit den Worten „Nie wieder Juden, nie wieder SPD. Wir kriegen euch alle“ bedroht.

November 2009, Sonneberg (Thüringen)

Rechtsextreme brachten im November 2009 meterlange Transparente an der Umgehungsstraße an, die u. a. „Deutsche Ehrenmale statt jüdische[r] Mahnmale“ forderten. Der Bauhof entfernte die Transparente nach mehreren Stunden aufgrund des festgestellten Verstoßes gegen die Thüringer Bauordnung.

16. Dezember 2009, Wesel (Nordrhein-Westfalen)

Das Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Juden in Wesel wurde in der Nacht zum 16. Dezember 2009 von Unbekannten mit Mörtel überschüttet.

23. Dezember 2009, Marzahn (Berlin)

Ein 27-jähriger wurde in der Nacht zum 23. Dezember 2009 in Berlin-Marzahn von einem Unbekannten bedroht und antisemitisch beleidigt, nachdem letzterer vom Opfer auf seine rechte Szene-Kleidung angesprochen wurde.

28. Dezember 2009, Wattenscheid (Nordrhein-Westfalen)

Matthias Pohl, NPD-Vorstandsmitglied in Nordrhein-Westfalen, bezeichnete in einem Kommentar auf der Homepage des Landesverbandes vom 28. Dezember 2009 den Zentralrat der Juden in Deutschland als „einen politischen Gegner der NPD“. Des Weiteren prangerte er die „ewige jüdische Opfertümelei“ sowie die „damit verbundene finanzielle Auspressung des deutschen Volkes“ an.

31. Dezember 2009, Arnstadt (Thüringen)

Am Abend des 31. Dezember 2009 kam es zu einem Übergriff auf drei Personen durch eine Gruppe Neonazis. Nachdem die Opfer zunächst als „Judensäue“ beschimpft wurden, kam es im Anschluss auch zu körperlichen Angriffen.

17. Januar 2010, Dorfhain (Sachsen)

Am 17. Januar 2010 wurden an der Fassade der Dorfhainer Kirche rechtsradikale und antisemitische Schmierereien entdeckt. Neben Hakenkreuzen war auch die Parole „Juden raus aus

dem Gemeinderat“ zu lesen.

19. Januar 2010, Gotha (Thüringen)
An mehreren Gebäuden in Gotha, u.a. auch am multikulturellen Zentrum „L'Amitie“, wurden am 19. Januar 2010 neonazistische und antisemitische Schmierereien angebracht.

20. Januar 2010, Dresden (Sachsen)
Holger Apfel, Fraktionsvorsitzender der NPD, hielt am 20. Januar 2010 im sächsischen Landtag eine Rede antisemitischen Inhalts, in der er den Protest gegen Neonazis mit der Judenverfolgung im Dritten Reich verglich.

23. Januar 2010, Zossen (Brandenburg)
Das „Haus der Demokratie“ der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ ist in der Nacht auf den 23. Januar 2010 niedergebrannt worden. Aktuell wurde eine Ausstellung zum Thema jüdisches Leben in Zossen präsentiert. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei dem Brandstifter um einen 16-jährigen aus neonazistischem Umfeld.

27. Januar 2010, Zossen (Brandenburg)
Eine Gruppe von etwa 25 Rechtsextremen hat am 27. Januar 2010 die Holocaust-Gedenkveranstaltung anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz im brandenburgischen Zossen durch Pöbeleien und Zwischenrufe gestört. Die Polizei griff nicht ein.

27. Januar 2010, Dresden (Sachsen)
Der NPD-Politiker und sächsische Landtagsabgeordnete Andreas Storr hat anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar 2010 in einer Pressemitteilung Gäste der Veranstaltungen als „antideutsche Schickimickis“ und „Vertreter des eingewanderten, hochalimentierten Judentums“ bezeichnet.

5. Februar 2010, Berlin-Mitte (Berlin)
Am 5. Februar 2010 wurden im Anne Frank-Zentrum in Berlin-Mitte antisemitische Schmierereien entdeckt. Im Treppenhaus war neben einem Hakenkreuz auch die Aufschrift „Jude“ angebracht worden.

10. Februar 2010, Prenzlauer Berg (Berlin)
Unbekannte brachten in der Nacht zum 10. Februar 2010 an der Hausfassade eines Berliner Jugendprojektes im Stadtteil Prenzlauer Berg verschiedene antisemitische bzw. rassistische Schriftzüge an. Unter anderem waren mehrere Davidsterne sowie der Satz „Raus mit euch!“ zu lesen.

12. Februar 2010, Bad Salzungen (Thüringen)
Wie am 12. Februar 2010 bekannt wurde, ist ein Kreisverbandsmitglied der NPD in Bad Salzungen (Thüringen) wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Der 23-jährige Mann soll u.a. den

Holocaust sowie die Reichsprogromnacht öffentlich geleugnet haben.

16. Februar 2010, Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern)
Der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion in Schwerin, Udo Pastörs, wird, wie am 16. Februar 2010 bekannt wurde, der Volksverhetzung angeklagt werden. Er hatte vergangenes Jahr bei einer Aschermittwoch-Veranstaltung u.a. gegen Juden gehetzt und diese beschimpft.

19. Februar 2010, Hannover (Niedersachsen)
Wie am 19. Februar 2010 bekannt wurde, war über Monate hinweg an einem Bauwagen der Stadtwerke Hannover eine antisemitische Parole zu sehen. Trotz mehrerer Hinweise ließen die Stadtwerke den Schriftzug erst entfernen, als der Vorfall medial rezipiert wurde.

28. Februar 2010, Köln (Nordrhein-Westfalen)
Eine seit Januar 2010 auf der Kölner Domplatte ausgestellte israelkritische Karikatur des Künstlers Walter Herrmann sorgt weiterhin für Kontroversen. Wie am 28. Februar 2010 bekannt wurde, entschied die Kölner Staatsanwaltschaft nun die Klagen wegen Volksverhetzung vorerst fallen zu lassen. Die Karikatur zeigt „eine durch den Davidstern als Jude[n] ausgewiesene Figur“, die „einen palästinensischen Jungen mit Messer und Gabel zerteilt und dazu ein Glas Blut trinkt“.

16. März 2010 Arnstadt (Thüringen)
SPD-Abgeordnete haben gegen den Arnstädter Bürgermeister Hans-Christian Köllmer („Pro Arnstadt“) Strafanzeige wegen Volksverhetzung erstattet. Köllmer werden antisemitische Aussagen zur Last gelegt. Er soll öffentlich den aktuellen Protest gegen Rechte mit der „Ausgrenzung“ der Juden während des Nationalsozialismus verglichen haben.

20. März 2010, Kassel (Hessen)
Aktivisten des pro-israelischen „Bündnis gegen Antisemitismus“ wurde vom Ordnungsamt Kassel untersagt, im Rahmen eines Infostandes am 20. März 2010 die israelische Flagge zu zeigen. Als Begründung wurde angeführt, dass man „auf Passanten, die sich von der Flagge gestört fühlen könnten, Rücksicht nehmen“ müsse.

24. März 2010, Weimar (Thüringen)
NPD-Ortsteilrat Ralf Markert beleidigte in einer Sitzung des Weimarer Stadtrates am 24. März 2010 den amtierenden Oberbürgermeister Stefan Wolf nach Zeugenaussagen mit den Worten „so ein Jude“, nachdem dieser Kritik an der Unterstützung von Projekten gegen Rechtsextremismus zurückgewiesen hatte.

26. März 2010, Wannsee (Berlin)
Am Freitag den 26. März 2010 wurden am S-Bahnhof Wannsee zwei 10-jährige Mädchen von einem 61-jährigen Mann antisemitisch beleidigt, mit einer Flasche bedroht und verfolgt. Die Mädchen konnten entkommen, der Täter wurde wenig später von der Polizei festgenommen.

27. März 2010, Wilmsdorf (Berlin)
In der Nacht auf den 27. März 2010 wurden drei Personen im Alter zwischen 23 und 25 Jahren am Bahnhof Güntzelstraße in Berlin-Wilmersdorf von Unbekannten antisemitisch beleidigt und mit einer Bierflasche verletzt. Zuvor wurden die Opfer gefragt, ob sie „Juden“ seien.

3. April 2010, Delitzsch (Sachsen)
Alle 30 Grabsteine des jüdischen Friedhofs in Delitzsch sind in der Nacht zum 03. April umgestoßen worden. Außerdem wurde eine Gedenktafel zerstört. Der Delitzscher Polizeichef Uwe Greischel schließt einen politischen Hintergrund aus und vermutet, dass „Alkohol der Auslöser war“.

05. April 2010, Heiligenstadt (Thüringen)
Wie erst zwei Tage später bekannt wurde, sind zwölf Grabsteine des jüdischen Friedhofs in Heiligenstadt umgestoßen worden. Der genaue Tatzeitpunkt ist noch unklar, ein Anwohner hatte die Schändung am Ostermontag bemerkt und die Stadt informiert.

10. April 2010, Wandsbek (Hamburg)
Am Samstag, den 10. April., wurden in der KZ-Gedenkstätte Wandsbek Schmierereien mit antisemitischen Parolen und NS-Symbolen entdeckt. Die Gedenkstätte soll am 08. Mai in Anwesenheit von Überlebenden eröffnet werden. Bereits am Ostermontag waren Hakenkreuz-Schmierereien in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (ebenfalls Hamburg) entdeckt worden.

11. April 2010, Solingen (Nordrhein-Westfalen)
Vermutlich in der Nacht zum Sonntag, den 11.04., wurde das Stadion des Vereins Union Solingen antisemitisch beschmiert. Die Schriftzüge „Judenunion“ und „Judenblock“ waren auch beim Heimspiel des Vereins am Sonntag deutlich lesbar.

11. April 2010, Lichtenberg (Berlin)
Am Wochenende vom 10. und 11. April haben Unbekannte drei „Stolpersteine“, die an der Ecke zwischen Leopold- und Emanuelstraße an eine dort wohnhafte ermordete jüdische Familie erinnern, beschmiert

15. April 2010, Chemnitz (Sachsen)
Nur wenige Tage nach der Beschädigung des jüdischen Restaurants Scha-

lom, bei dem unter anderem ein Davidsstern zerbrochen wurde, wurden am Morgen des 15. April zwei Fenster der Chemnitzer Synagoge in der Stollberger Straße eingeworfen.

24. April 2010, Mügeln (Sachsen)
Zu einem Spielabbruch kam es bei der Begegnung zwischen SV Mügeln/Ablaß und Roter Stern Leipzig in der Bezirksklasse, nachdem AnhängerInnen des SV Mügeln/Ablaß antisemitische und homophobe Sprechchöre gesungen hatten – u.a. „Ein Baum, ein Strick, ein Judengenick“ und „Eine U-Bahn bauen wir, von Jerusalem bis nach Auschwitz“.

21. / 29. April 2010, Beckum (Nordrhein-Westfalen)
Eine jüdische Gedenkstätte im Beckumer Westpark ist innerhalb weniger Tage zweimal antisemitisch beschmiert worden. In der Nacht auf den 21. April wurde die Gedenkstätte mit weißer Farbe antisemitische Parolen geschmiert. Nach der Entdeckung entfernt worden, wurde die Gedenkstätte in der Nacht auf den 29. April erneut geschändet: Diesmal trugen die unbekanntenen Täter ihre antisemitischen Parolen in roter Farbe auf.

26. April 2010, Lichtenberg (Berlin)
Am Wochenende vom 25. und 26. April sind die Stolpersteine in der Lichtenberger Weitlingstraße erneut beschmiert worden. Hinweise auf die Täter gibt es nicht.

16. April 2010, Laucha (Sachsen-Anhalt)
Am 16. April ist ein gebürtiger Israeli in Laucha brutal zusammengeschlagen worden. Der zwanzigjährige Täter Alexander P., der im Ort als Rechter gilt, beschimpfte sein siebzehn Jahre altes Opfer dabei als „Judenschwein“. Am 31. August wurde der ermittelte Täter vor Gericht gestellt. Im Urteil wurde Alexander P. schuldig gesprochen und zu einer 8-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Zusätzlich muss er ein Jahr monatlich 30 Euro an die Gedenkstätte Buchenwald zahlen.

2. Mai 2010, Gangelt (Nordrhein-Westfalen)
Auf dem jüdischen Friedhof in Gangelt wurde ein Großteil der Grabstätten beschädigt, wie am Sonntag, den 02. Mai bemerkt wurde. Mehrere Grabsteine wurden umgeworfen. Die Täter sowie der Tatzeitpunkt sind noch unklar.

8. und 9. Mai 2010, Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern)
Am Wochenende des 8. und 9. Mai kam es in Güstrow zu mehreren rechtsextremen Schmierereien und Anschlügen. Unter anderem wurde die Anne-Frank-Schule mit antisemitischen Parolen beschmiert, außerdem haben

Unbekannte sechs Stolpersteine bis zur Unkenntlichkeit besprüht.

8. Mai 2010, Rummelsburg (Berlin)
In der Nacht auf den 8. Mai wurden in Rummelsburg drei Stolpersteine mit schwarzer Farbe beschmiert. Diese erinnern an ehemaligen Wohnort in der Leopoldstraße an eine jüdische Familie, die von den Nazis ermordet worden war.

8. Mai, Wiesbaden-Erbenheim (Hessen)
Bei einer Demonstration der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ am 8. Mai sollen Dutzende Nazis demonstrativ über Stolpersteine getrampelt sein, die an ermordete Erbenheimer Juden erinnern. Die an den Gedenksteinen vorbeiführende Route war vom Wiesbadener Ordnungsamt bestimmt worden.

14. Mai, Pinneberg (Schleswig-Holstein)
Am 14. Mai wurde das Auto einer Gottesdienstbesucherin vor dem jüdischen Gemeindezentrum in Pinneberg mit einem Hakenkreuz beschmiert. Zur Tatzeit hielt sich dort auch eine Gruppe auf, die der rechtsextremen Szene zugeordnet werden kann. Bereits eine Woche zuvor waren in Pinneberg mehrere Stolpersteine beschmiert worden.

17. Mai 2010, Worms (Rheinland-Pfalz)
Auf die Synagoge in Worms ist in der Nacht zum 17. Mai ein Brandanschlag verübt worden. Die noch unbekanntenen Täter legten an verschiedenen Stellen Feuer, ein Fenster wurde mit einem Brandsatz eingeworfen. Das Feuer konnte rechtzeitig gelöscht werden, sodass keine größeren Schäden entstanden. Die Polizei prüft die Echtheit eines Bekenner-Schreibens, in dem die Tat mit Solidarität mit den Palästinensern begründet wird.

26. Mai 2010, Staßfurt (Sachsen-Anhalt)
Fast alle Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof von Staßfurt wurden in der Nacht auf den 26. Mai mit Hakenkreuzen und anderen rechten Symbolen beschmiert. Die noch unbekanntenen Täter waren zuvor durch die Innenstadt gezogen und hatten unter anderem das Denkmal für die „Opfer der Diktaturen“ beschmiert.

30. Mai 2010, Deutschland
Der Eurovision Song Contest hat in deutschsprachigen Foren und auf twitter.com eine Welle antisemitischer Äußerungen ausgelöst. Der deutsche Beitrag hatte zuvor von Israel null Punkte erhalten. Dies wurde im Internet umfassend antisemitisch kommentiert, z.B. twitterten User „Israel. Scheiß Juden“. Israel hatte von Deutschland ebenfalls keine Punkte erhalten, ähnlich wie Vorjahren, in denen Israel den Wettbewerb gewonnen hatte.

1. Juni, 2010, Kreuzberg (Berlin)
Die Passionskirche in Kreuzberg ist in der Nacht auf den 01. Juni, mit antisemitischen Parolen und einem Hakenkreuz beschmiert worden. Der Staatsschutz ermittelt.

1. Juni, 2010, Beckum (Nordrhein-Westfalen)
Bereits zum dritten Mal in nur zwei Monaten wurde in der Nacht auf den 01. Juni, eine jüdische Gedenkstätte in Beckum beschmiert. Auf die Gedenksteine wurden mit schwarzer Farbe antisemitische Parolen und Hakenkreuze angebracht. Von den Tätern fehlt noch jede Spur, auch die Täter für die Schmierereien im April sind noch nicht ermittelt.

Anfang Juni 2010, Deutschland
Einen Angriff der israelischen Armee auf die „Freedom-Flotilla“ vor der Küste Gazas, bei dem neun Menschen ums Leben kamen, nehmen auf Facebook hunderte Userinnen und User zum Anlass, ihrem Antisemitismus freien Lauf zu lassen. Dort heißt es u.a. „Ein toter Jude ist ein guter Jude“ oder „Hitler hatte recht mit dem was er getan hat“.

7. Juni 2010, Babenhausen (Hessen)
Fünf Grabsteine und eine Mauer auf dem jüdischen Friedhof in Babenhausen wurden von unbekanntenen Tätern mit Hakenkreuzen beschmiert. Dies teilte die Polizei am Montag, den 07. Juni mit. Wann die Schmierereien angebracht wurden, steht allerdings noch nicht fest.

2. Juni 2010, Leipzig (Sachsen)
Aus einer israelkritischen Demo heraus wurden am 2. Juni in Leipzig mehrere pro-Israelische Gegendemonstranten angegriffen. Unter Rufen wie „Israel - Kindermörder!“ wurden sie mit Holzlaten und Fußtritten angegriffen. Die Polizei wertete die pro-Israelische Gruppe als Störer und drängte sie mit Pfefferspray ab.

17. Juni 2010, Dresden (Sachsen)
Bei einer auf Antrag der NPD stattgefundenen Aktuellen Stunde im Sächsischen Landtag ist der NPD-Abgeordnete Holger Apfel für zehn Sitzungstage aus dem Parlament ausgeschlossen worden, nachdem er sich antisemitisch geäußert hatte. Apfel hatte u.a. gesagt, Israel habe eine „besondere Affinität zum Geld“ und zu „Staatsterror“, die Juden seien ein „Tätervolk“. Israel bezeichnete Apfel als „jüdischen Terrorstaat“ und „Schurkenstaat“.

17. Juni 2010, Wattenscheid (Nordrhein-Westfalen)
Eine Gedenktafel für die Opfer der Shoah ist in Wattenscheid in der Nacht auf den 17. Juni beschmiert worden. Auf die Tafel brachten unbekanntene rechtsextreme Aufkleber und Symbole

an. Der Staatsschutz ermittelt.

19. Juni 2010, Hannover (Niedersachsen)

Eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen haben am 19. Juni, auf einem Stadtteilstück eine jüdische Tanzgruppe beschimpft und mit Steinen beworfen. Mehrere Sozialarbeiter versuchten, die 12-19 Jahre alten Jugendlichen zu beruhigen, was jedoch erst gelang, als die Tanzgruppe die Bühne verließ. Ein Mitglied der Tanzgruppe war zuvor von einem Stein am Bein getroffen worden. Einer der Jugendlichen hatte zudem durch ein Megaphon „Juden raus“ gerufen.

22. Juni 2010, Obersalzberg (Bayern)

Eine Dokumentationstafel auf dem ehemaligen „Berghofgelände“ auf dem Obersalzberg wird nach einem Bericht von Augenzeugen immer wieder beschmiert oder zerkratzt. Gezielt werde dabei das Wort „Holocaust“, das in dem Text der Tafel vorkommt, durchgekratzt oder überklebt. Der Berghof auf dem Obersalzberg diente in der Zeit des Nationalsozialismus als zweiter Regierungssitz Adolf Hitlers, heute befinden sich dort ein Dokumentationszentrum und ein Luxushotel.

25. Juni 2010, Erlangen (Bayern)

Eine 23-jährige Studentin der evangelischen Theologie wurde vom Amtsgericht Erlangen wegen Volksverhetzung zu 4 Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 420 Euro verurteilt. Sie hatte unter anderem in hebräischer Schrift „Kauft nicht beim Juden“ ins Internet gestellt.

26. Juni 2010, Gera (Thüringen)

In der Nacht zum Samstag, den 26. Juni, ist ein Mann beobachtet worden, wie er vier „Stolpersteine“, die an jüdische Opfer des Nationalsozialismus erinnern sollen, aus dem Gehweg entfernt hat. Die Polizei konnte in unmittelbarer Nähe einen jungen Mann festnehmen, der entsprechendes Werkzeug bei sich trug. Die „Stolpersteine“ sind jedoch verschwunden, der Mann schweigt zu den Vorwürfen.

28. Juni 2010, Friedrichshain (Berlin)

In der Nacht zum Montag, 28. Juni, sind in einer Diskothek in Friedrichshain zwei Israelis verletzt worden. Der Angreifer fragte die beiden, woher sie kämen, entgegnete dann, er sei Palästinenser und schlug unvermittelt auf sie ein. Beim Verlassen der Diskothek wurden die Israelis noch von einem 43-jährigen Mann mit Pfefferspray verletzt.

16. Juli 2010, Gera (Thüringen)

Nach dem Diebstahl der Stolpersteine der Familie Biermann wurden nun die Steine der Familie Sinenski geschändet. Wie auf Nachfrage der Amadeu-Anto-

nio-Stiftung mitgeteilt, wurden die Steine geschwärzt. Die Polizei ermittelt. Innerhalb von vier Wochen war das nun schon der zweite Fall.

21. Juli 2010 Schönberg (Mecklenburg-Vorpommern)

Wie die Schweriner Zeitung am 21.07.2010 schrieb, wurde in Schönberg ein Bushäuschen mit den Worten: „Keine Juden“ beschmiert. Der Bürgermeister will Anzeige erstatten. Die Stadt wolle weiterhin auf eine Gefahr durch Rechtsradikalismus hinweisen und Präventivmaßnahmen leisten. Erst vor kurzem wurde das Auto einer Pastorin beschmiert.

27. Juli 2010, Bocholt (Nordrhein-Westfalen)

Am Dienstagmittag, den 27.07.2010, entdeckten Mitarbeiter der Stadtreinigung Bocholt Schmierereien auf zehn Grabsteinen. Mit blauer Farbe wurden ein Hakenkreuz und Ausdrücke wie „Jude“, „Nutte“ und „Schwuchtel“ auf die Steine geschmiert. Auch der Staatsschutz wurde eingeschaltet.

27. Juli 2010, Buchenwald (Thüringen)

Am Mittwochmorgen, den 28.07.2010, wurde erstmals die Internetpräsenz der Gedenkstätte Buchenwald gehackt. Die Täter löschten Seiteninhalte und manipulierte Verlinkungen. So öffneten sich, anstatt des Totenbuches, Fenster mit Parolen wie „brown is beautiful“ und „wir kommen wieder“. Die Seite der Gedenkstätte Dora-Mittelbau wurde komplett von Netz abgeschaltet. Gedenkstättenleiter Knigge wertete die Tat als direkten Angriff auf die Örtlichkeiten, deren Erinnerungsauftrag und die Opfer. Nach Angaben der Polizei sei der Anschlag schon länger geplant gewesen und auch eine internationale Täterschaft lässt sich nicht ausschließen.

2. August 2010, Aachen (Nordrhein-Westfalen)

In der Nacht zum Montag, den 02. August, wurden in Aachen und Stolberg verschiedene Parteibüros und die Außenmauer des jüdischen Friedhofs mit volksverhetzenden und antisemitischen Symbolen beschmiert. An der Mauer des jüdischen Friedhofs wurden unter anderem ein Hakenkreuz, ein durchgestrichener Davidstern und die Parole „Freiheit für Palästina“ hinterlassen.

2. August 2010, Bremen (Bremen)

In der Nacht vom Montag, den 02.08.2010, wurden auf dem jüdischen Friedhof in Bremen zwölf Grabsteine umgestürzt. Die Täter haben dabei keine eindeutigen Hinweise hinterlassen, die Polizei geht aber von einer politisch motivierten Tat aus.

27. August 2010, Berlin

In der Nacht zum Freitag, den 27.08.2010, brüllten in verschiedenen Stadtteilen Berlins Einzelpersonen und Kleingruppen rechtsradikale Parolen (darunter „Heil Hitler“) und sangen Nazi-Lieder. Auch öffentliche Orte wurden beschmiert. Ein Einkaufszentrum auf der Greifswalder Straße wurde mit antisemitischen Parolen besprüht.

29. August 2010, Dresden (Sachsen)

Am frühen Sonntagmorgen, den 29. August, wurde in Dresden-Johannstadt ein Brandanschlag auf die Begräbnishalle des jüdischen Friedhofes verübt. Unbekannten Tätern gelang es, die Eingangstüre der Begräbnishalle in Brand zu setzen. Der Brand wurde von einer aufmerksamen Radfahrerin bemerkt, welche gleich die Polizei verständigte. So konnte verhindert werden, dass sich der Brand ausbreitete.

31. August 2010, Bechhofen (Bayern)

Nach Polizeiangaben vom Dienstag den 31.08.2010 wurden auf dem jüdischen Friedhof der Gemeinde Bechhofen, bei Ansbach, fünf Grabsteine umgeworfen. Einer der Steine ging dabei zu Bruch. Die Tat wurde von bisher unbekanntem Tätern bereits Mitte August begangen.

16.09.2010, Apolda (Thüringen)

Unbekannte haben in Apolda eine jüdische Gedenkstätte geschändet. Ein halber Schweinekopf lag offensichtlich bereits seit mehreren Tagen im Eingangsbereich des Bernhard-Prager-Hauses, dem früheren Wohnhaus einer jüdischen Familie, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Der Staatsschutz ermittelt wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Bernhard Prager wurde von den Nationalsozialisten im KZ Theresienstadt ermordet.

26. September 2010 Apolda (Thüringen)

Das Bernhard-Prager-Haus, eine jüdische Gedenkstätte in Apolda, wurde erneut Ziel einer antisemitischen Schändung. Unbekannte legten, ähnlich der jüngsten Tat vor nicht ganz zwei Wochen, einen halben Schweinekopf vor dem Eingang ab. Das LKA ermittelt, dabei wird von einem Zusammenhang zwischen den Taten ausgegangen.

2. Oktober 2010, Dresden (Sachsen)

In der Nacht zum Samstag, dem 2. Oktober, haben Unbekannte mehrere Hausfassaden in der Dresdner Neustadt mit antisemitischen Parolen besprüht. An den Außenwänden einer Versammlungsstätte der Zeugen Jehovas und einer Behindertenwerkstatt hinterließen die Täter vier Hakenkreuze, eine SS-Rune sowie antisemitische Sprüche.

Widerstand – ein Gebot!

Zu den Protesten gegen Wilders, Stadtkewitz, „Pax Europa“, „politically incorrect“ und „Pro Deutschland am 2./ 3. Oktober 2010 in Berlin

Mehrere hundert Menschen folgten am 2. und 3. Oktober dem Aufruf des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen“, um gegen Rassist_innen zu protestieren, die unter dem Deckmantel von „Islamkritik“ gegen die gleichberechtigte soziale, politische und gesellschaftliche Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen – insbesondere auch von Musliminnen und Muslimen - hetzen wollten.

Es darf durchaus als Erfolg unserer Proteste in den letzten Monaten gewertet werden, dass seitens der Behörden mit ernstzunehmenden Gegenaktivitäten zum Auftritt von Geert Wilders in Berlin gerechnet wurde. So gelang es, dessen Auftritt zu einer „Insider“-Veranstaltung zu machen. Denn im Zusammenspiel mit der Polizei versuchten die Veranstalter_innen durch die Geheimhaltung des Veranstaltungsortes bis zuletzt eine Mobilisierung gegen den Werbeauftritt des Rassistin und Rechtspopulisten Geert Wilders für die in Gründung befindliche Partei „Die Freiheit“ zu ver- bzw. wenigstens zu behindern. Auch die Betreiber_innen des Hotels Berlin, Berlin, zeigten ihr „Demokratieverständnis“ deutlich. Allein, dass sich das Hotel Berlin am Lützowplatz dafür hergab, diesem Sammelsurium von Rassist_innen und Rechtspopulist_innen ein Podium zu geben, ist Beleg für die nichtvorhandene demokratische Zivilcourage der Hotelbetreiber_innen. Denn auch sie versuchten die Veranstaltung ohne größere Öffentlichkeit durch Gegenproteste über die Bühne zu bringen. Das Geschäft war wohl einerseits zu lukrativ; andererseits sollte es doch möglichst wenig Aufmerksamkeit für den Veranstaltungsort und dessen Komplizenschaft geben. Trotz dieser hohen Geheimhaltungsstufe gelang es in kürzester Zeit etwa 200 Gegendemonstrant_innen zum Hotel Berlin zu mobilisieren, so dass sich dieses rassistische Event nicht als unwidersprochene Normalität im Bewusstsein der Bevölkerung festsetzen konnte. Gleiches gelang uns ebenfalls am Sonntag, als die Außenwirkung der „Sarrazin-Soli-Party“ von „Pro Deutschland“ mit ca. 300 Mitstreiter_innen sogar auf null reduziert werden konnte. Dank gilt hier allen aktiven Bündnispartner_innen und Unterstützer_innen!

Doch sind bei beiden Gegenaktivitäten auch Probleme deutlich geworden. Auch wenn es durchaus als Erfolg bezeichnet werden kann, dass am 2. Oktober unter den besonderen Umständen knapp 200 Leute teilnahmen, zeigen die etwa 300 Gegendemonstrant_innen am 3. Oktober, dass sich das Thema „Rechtspopulismus“ und „Rassismus“ noch als weniger mobilisierungsfähig erweist als Gegenproteste zu Nazi-Veranstaltungen. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen, deren Analyse in Zusammenarbeit mit Bündnispartner_innen und Unterstützer_innen im Vordergrund stehen muss. Gleichzeitig ist noch viel organisatorische, strukturelle und inhaltliche Arbeit aller am



Bündnis Beteiligten und darüber hinaus notwendig.

Daran ändern auch die organisatorischen und strukturellen Schwächen der rechtspopulistischen und rassistischen Organisationen in Deutschland. Sie sind derzeit zersplittert, zerstritten und scheinen personell kaum erwähnenswert. Dies erschwert natürlich eine Mobilisierung gegen solche in der Öffentlichkeit als Randgruppen wahrgenommenen und dargestellten Gruppierungen. Diese organisatorische und strukturelle Schwäche, die Geert Wilders bestrebt ist zu überwinden, darf aber nicht über deren inhaltliche Gefährlichkeit hinwegtäuschen. Denn das Potential an Zustimmung zu den rassistischen, sozialdarwinistischen und -chauvinistischen Positionen und Argumentationen ist groß und geht weit über die Anhängerschaft von den „Pro-“Bewegungen bis zu „Pax Europa“ etc. hinaus. Und zwar in allen Klassen und Schichten sowie Parteien, Gewerkschaften, Verbänden etc. Dies ist nicht neu, sondern findet sich bereits seit Jahren in der breiten Akzeptanz einer rassistischen Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik. Die breite Zustimmung, die Sarrazin mit seinen rassistischen und eugenischen Phrasen in der Bevölkerung fand, kann kaum überraschen. Betont werden muss dabei, dass die Erfolge rechtspopulistischer Parteien bzw. Personen darin beruhen, dass sie mit ihrer Polemik auf das politische Klima eines Landes verheerende, langfristig wirksame Effekte haben. Die Einbindung derjenigen Personen, die den rechten Rand der etablierten Parteien durch immer neue vermeintliche Tabubrüche weiter nach rechts verschieben, ist das Eine. Das permanente Hinterherhecheln hinter einfachen, bei der Bevölkerung aber eben deshalb beliebten rechtspopulistischen Losungen und Lösungen, die gerade nichts mit der Komplexität der Ursachen und Wirkungen gesellschaftlicher Probleme zu tun haben, das Andere. Letzteres ist aber das Gefährlichere. Denn wie bei Sarrazin zu sehen ist, soll dieser nicht eingebunden sondern ausgeschlossen werden. Doch die Einbindung rechter Inhalte ist in vollem Gange, wie die Äußerung des SPD-Parteivorsitzenden Gabriel zu Sanktionen gegen vermeintliche „Integrationsunwillige“ zeigen. Dies führt zu einer Verschiebung nach rechts, weil es die Bereitschaft gibt, sich nach rechts hin zu öffnen. Insgesamt werden dadurch die Koordinaten der Politik verschoben. Rechte Positionen werden Teil des offiziellen Diskurses und werden gar nicht mehr als rechts wahrgenommen. Genau eine solche Entwicklung hat es vor allem in den letzten 20 Jahren gegeben. Nicht nur in der Politik, auch in Teilen der Medien und Gesellschaft.

Deshalb ist und bleibt Widerstand gegen Rechtspopulist_innen und Rassist_innen wichtig! Er ist eine ständige Aufgabe. Unsere Wachsamkeit darf deshalb nicht nachlassen!

Dirk Stegemann
als Mitglied der Berliner VVN-BdA e.V.
im Bündnis „Rechtspopulismus stoppen!“



Dresden bleibt nazifrei!

Im Februar 2011 werden wir die Nazis endgültig nach Hause schicken

Seit Ende der 1990er Jahre hatte sich Dresden zu einem Wallfahrtsort der extremen Rechten aus Deutschland und Europa entwickelt. Mit ihrem Aufmarsch wollten sie der „deutschen Opfer“ gedenken, die bei der Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 gestorben sind, und so die Verbrechen des Nationalsozialismus relativieren. In diesem Winter ist es zum ersten Mal gelungen, den Aufmarsch zu verhindern. Über 12.000 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik blockierten über Stunden Straßen und Kreuzungen rund um den Sammelpunkt der 6.000 Nazis, die so gezwungen waren, demotiviert und durchgefroren den Heimweg anzutreten. Damit wurde Dresden zum Auftakt für eine Reihe von Rückschlägen im rechtsextremen „Kampf um die Straße“, die in den folgenden Monaten in Berlin, Dortmund und Jena ihre Fortsetzung fand. An diesen Erfolg einer breiten, gesellschaftlich verankerten antifaschistischen Bewegung wollen wir in 2011 anknüpfen.

Grundlage unseres Erfolgs im Februar 2010 war eine spektrenübergreifende Zusammenarbeit: Linksradikele, antifaschistische Gruppen, die Jugendverbänden der Gewerkschaften und Parteien sowie Jugendorganisationen und lokale Initiativen sammelten sich in dem Bündnis „Nazifrei - Dresden stellt sich quer!“. Über 800 Organisationen und 2.000 Einzelpersonen, darunter bekannte MusikerInnen, PolitikerInnen und Pfarrer, unterzeichneten den Aufruf zur Blockade des Naziaufmarsches.

Zentrales Mittel unseres gemeinsamen antifaschistischen Protestes war der zivile Ungehorsam. Am Tag des Aufmarsches haben wir kollektiv Regeln überschritten und die Routen der Nazis erfolgreich blockiert. Im Vorfeld wurde von den OrganisatorInnen ein Aktionskonsens erarbeitet, der das Handeln am Tag selbst bestimmte. Dieser lautet: „Von uns wird keine Eskalation ausgehen. Unsere Blockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.“

Wir müssen zugleich darauf hinwirken, dass 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Dresden und anderorts das Gedenken an diejenigen im Vordergrund steht, die von den Nazis verfolgt und ermordet wurden sowie an jene, die Wi-

derstand gegen das NS-Regime geleistet haben: Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Mitglieder und SympathisantInnen von KPD und SPD, Homosexuelle, sogenannte Asoziale und viele andere, die als „Volksschädlinge“ definiert, systematisch ausgegrenzt und verfolgt wurden.

In den letzten Jahren hat die antifaschistische Bewegung der extremen Rechten zahlreiche „Events“ vermiest: die Aufmärsche zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel, die „Heldenverehrung“ in Halbe sowie die bundesweiten geschichtsrevisionistischen Proteste gegen die Ausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“ über die Verbrechen der Wehrmacht. Dresden ist der einzig verbliebene Ort, zu dem NPD, Freie Kameradschaften und neonazistische Skinheadgruppen noch mehrere tausend TeilnehmerInnen auf die Straße bringen konnten. Ihr Mobilisierungspotential für das kommende Jahr hängt entscheidend davon ab, welche Chancen die Nazis sehen, ihren Aufmarsch tatsächlich durchzuführen. Ein nochmaliges Scheitern wird die bundesdeutsche extreme Rechte nachhaltig schwächen, wie die internen Auseinandersetzungen nach dem Dresdner Misserfolg im Frühjahr 2010 zeigten.

Wir werden daher an der solidarischen, spektrenübergreifenden Zusammenarbeit und dem erfolgreichen Konzept der Massenblockaden festhalten und so im Februar 2011 gemeinsam den Naziaufmarsch in Dresden verhindern. Lasst uns den Aufmarsch der extremen Rechten endgültig begraben.

No pasarán!

*Für eine linke Strömung Berlin (FeS)
- organisiert in der Interventionistischen Linken*

Kontakt

FeS c/o Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.fels-berlin.de, fels-antifa@lists.nadir.org

Spenden für die Dresden-Mobilisierung 2011:
Kontoinhaber: Vobik e.V.
Kontonummer: 727 142 6008
BLZ: 100 900 00, Berliner Volksbank
Verwendungszweck: Dresden

XXXX GEMEINSAM XXXXXXXXXXXX
XXXXXXXXXXXXX BLOCKIEREN XX
NIE WIEDER FASCHISMUS | NIE WIEDER KRIEG
WWW.DRESDEN-NAZIFREI.DE

Neofaschismus in Deutschland



Eine Ausstellung der Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und
Antifaschisten e. V. (VVN - BdA)

Mit Unterstützung der Vereinten Dienstleistungs-
gewerkschaft ver.di - Landesbezirk Nord



ver di **NORD**

www.vvn-bda.de

AUSSTELLUNG

„Neofaschismus in Deutschland“

Eine Ausstellung der Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes - Bund der Antifaschisten und Antifa-
schistinnen VVN-BdA e.V

1.11. - 26.11.2010

Montag bis Freitags 9 – 21 Uhr
im TU-Hauptgebäude, Lichthof (Galerie II – 2. Stock)
Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin

Der AStA der TU-Berlin präsentiert im November die aktuelle
Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ im TU-Hauptge-
bäude. Auf 26 Tafeln wird der Frage nachgegangen, welche Ak-
tualität der Neofaschismus in Deutschland hat. Die Ausstellung
informiert über Ideologie und Praxis und benennt Ursachen für
die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristi-
schen Denkens und Handelns.

Infos zur Ausstellung:
neofa-ausstellung.vvn-bda.de
www.asta.tu-berlin.de

Die Ausstellung wird von vier Veranstaltungen zur Vertiefung begleitet.
**Jeden Montag im November, 18 Uhr
im TU-Hauptgebäude Raum H2038:**

1.11.2010 Ausstellungseröffnung

Zur Ausstellungseröffnung wird einer der Macher der mittlerweile 5. Auflage zur Motivation und den Hintergründen Stellung nehmen und einen kurzen Überblick zu den Inhalten geben.

Referent: Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

8.11.2010 Neonazis und Jugendkulturen

Die Zeiten als Neonazis noch ihre eigene kleine kulturelle Welt zwischen Rechtsrock, Skinhead-Attitüde und NS-Kriegsdevotionalien bewohnten und diese nur selten verließen sind vorbei. Mit kostenlosen „Schulhof-CDs“, die nicht nur auf Rechtsrock setzen, versuchen Neonaziorganisationen Jugendliche massenweise mit Musik an die rechte Szene heranzuführen. Mittlerweile machen sie sich aber auch in ehemals alternativen (Sub-)Kulturen breit. Explizite Anleihen bei rassistisch-autoritären Inhalten und Nazi-Symbolen finden sich aktuell in einigen Spielarten von Gothic, Metal, Hardcore, Rap und sogar beim Punk. Ob das alles alleine auf eine Strategie der Neonazis zurückzuführen ist oder vielmehr Ausdruck einer Entpolitisierung der Jugendkulturen ist, wollen wir unter anderem an diesem Abend versuchen zu klären.

Referent_in: Archiv der Jugendkulturen
www.jugendkulturen.de

15.11.2010 Anti-Muslimischer Rassismus

Nicht erst seit der aktuellen „Integrationsdebatte“ sind Muslime in Europa wieder verstärkt im Fokus rassistischer Ressentiments. Rechtspopulisten machen sich weit verbreitete Klischees zu nutze, gründen Parteien und sind damit in erschreckend großen Teilen Europas erfolgreich. Was steckt hinter diesem Erfolg? Welche Organisationen der extremen Rechten gibt es? Von parteiunabhängigen Plattformen wie „Political Incorrect“ über die sog. Bürgerbewegung Pro-Deutschland bis hin zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) greifen viele dieses Thema auf und versuchen es für ihre rassistische Ausgrenzungspolitik zu verwerten? Welche Entwicklungen ergeben sich dazu in Berlin im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl 2011? Um diese Fragen und viele mehr wird es an diesem Abend gehen.

Referent: Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin
www.apabiz.de

22.11.2010 Mythos Dresden: Erinnerung und Geschichtsrevisionismus

Jedes Jahr im Februar streitet die Stadt Dresden um ihre Vergangenheit - genauer um die Deutung der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 durch alliierte Streitkräfte. Anlass ist der regelmäßig stattfindende, mittlerweile größte Neonazi-Aufmarsch Europas. Die Neonazis fordern bis heute Vergeltung, aber auch Dresdener BürgerInnen sehen in der Bombardierung nicht ein notwendiges Übel

zur Beendigung des Krieges mit Nazi-Deutschland sondern ein Kriegsverbrechen. Seit Jahrzehnten ist Dresden ein Beispiel für die Instrumentalisierung und Umdeutung von Geschichte und für die Veränderung von Erinnerungskultur. Gleichzeitig zeigt das Beispiel Dresden wie Neonazis an gesellschaftliche Diskurse anknüpfen und wie antifaschistische Interventionen eben auch diese Diskurse mitgestalten können und müssen, um nicht den ewig Gestrigen das Feld zu überlassen. 2010 konnte ein breites Bündnis den Aufmarsch mit massenhaften zivilem Ungehorsam verhindern. Wie stehen die Vorbereitungen für 2011 – was hat sich in den letzten Jahren an der gesellschaftlichen Diskussion um die Geschichte in Dresden verändert und was ist noch zu tun?

Referent_in: Gruppe Avanti – Projekt undogmatische Linke
www.avanti-projekt.de

26.11.2010 Freitag: Finissage der Ausstellung

Der letzte Blick auf die Ausstellung mit einigen Worten vom AS-tA. Am gleichen Abend beginnt an der TU eine Antikriegskonferenz zum Krieg in Afghanistan, zur Militarisierung deutscher Außenpolitik, Rüstungsforschung an Hochschulen und der Rolle der Zivilgesellschaft.



Wochenendausgabe.

die tageszeitung

Das neue Wochenendabo der taz mit sonntaz. Für 12,90 € im Monat. abo@taz.de | (030) 25 90 25 90 | www.taz.de/we

Punktsieg für eine antifaschistische Welt

Fidel Castro spricht sich für Israel aus und kritisiert die Atommächte und solche, die es werden wollen

Ende September veröffentlichte Jeffrey Goldberg im traditionsreichen amerikanischen Magazin „The Atlantic“ einen Bericht über ein langes Gespräch, das er und eine Kollegin mit Fidel Castro führten. Aus diesem Gespräch soll in diesem Artikel ausführlich zitiert werden.

Hintergrund für Fidel Castro, dieses Interview zu geben, war sicherlich die Eskalation im Konflikt des „Westens“ mit dem Iran, um dessen Bemühungen um ein Atomprogramm, hinter dem der Versuch vermutet wird, eine „islamische“ Atombombe zu bauen. Nur eine vollständige atomare Abrüstung der Atommächte, und zu diesen zählt Fidel auch Israel, könne auf Dauer diesen Konflikt, den Israel als eine tödliche Gefahr für seine Menschen und Existenz sieht, entschärfen. Er befürchtet, gerade der religiöse „Gottesstaat“ Iran werde nicht zurückweichen, die verhängten Sanktionen seien nutzlos und gefährlich. Aber er verlangt auch Vorleistungen und politische Anstrengungen vom Iran und damit von dessen antisemitischen Bündnisgenossen wie der Hamas. Auf die Frage Jeffrey Goldbergs „Glauben Sie, dass der Staat Israel das Recht hat, als jüdischer Staat zu existieren?“, antwortete Fidel: „Si, sin ninguna duda“ - „Ja, ohne Zweifel.“

Auch er habe in seiner Kindheit durch die katholische Kirche eine zutiefst anti-judaistische Prägung erfahren, führt er zu Beginn des Gespräches an. Castros Botschaft an Mahmud Ahmadinedschad, den Präsident des Iran, war eindeutig. Er kritisierte, dass Ahmadinedschad den Holocaust leugne und erklärte, dass es einer friedlichen Lösung dienen würde, wenn die iranische Regierung versuchen würde zu verstehen, warum die Israelis vor dem Hintergrund der „einzigartigen“ Geschichte des Antisemitismus um ihre Existenz fürchten.

Die iranische Regierung sollte die Folgen des theologischen Antisemitismus zu verstehen versuchen. „Der Antisemitismus dauert seit 2.000 Jahren an.“, sagte Fidel, „Ich glaube nicht, dass jemand mehr verleumdet wurde als die Juden. (...) Sie werden verleumdet und diffamiert für alles und jedes.“ Die iranische Regierung müsse verstehen, dass die Juden „aus ihrem Land vertrieben, verfolgt und in der ganzen Welt misshandelt und immer wieder vertrieben wurden, als diejenigen, die Gott getötet haben. Mehr als 2.000 Jahre litten sie unter schrecklicher Verfolgung und der Gewalt der Pogrome. (...) Die Juden führten eine Existenz, die viel härter war als die anderer. Es gibt nichts, das mit dem Holocaust vergleichbar ist.“

Auch für die Hintergründe von Entscheidungsprozessen israelischer Politiker äußerte er Verständnis. „Wenn ich mir vorstelle, ich wäre Netanjahu“, sagte Fidel, „dass ich dort (in Israel) leben würde und Entscheidungen treffen müsste. Ich würde mich erinnern, dass sechs Millionen jüdische Männer und Frauen aller Altersgruppen in den KZs ermordet wurden.“

Gefragt, ob er das Gesagte auch Mahmud Ahmadinedschad übermitteln wolle, antwortet er Jeffrey Goldberg: „Wir reden miteinander, damit sie dies veröffentlichen.“

Und der Verfasser dieses Artikels, hat dies alles (ab-)geschrieben, damit ihr/Sie das lesen. Und fühlt sich dem alten Commandante -Fidel presente!- zutiefst verbunden.

Und verbleibt mit einem Gläschen Rum auf die Vernunft und den Frieden.

Und natürlich mit L'Chaim - Auf das Leben!

www.theatlantic.com/international/archive/2010/09/castro-no-one-has-been-slandered-more-than-the-jews/62566/

www.theatlantic.com/international/archive/2010/09/fidel-castro-and-israels-right-to-exist/63369/



Neonazis in Osteuropa

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

TERMINNE

02.11.2010 - 19.00 Uhr

Mitte

Hedwig Porschütz - Eine Berliner Prostituierte hilft verfolgten Juden

Übergabe einer Gedenktafel für Hedwig Porschütz durch Staatssekretär André Schmitz an das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt

Laudatio von Prof. Dr. Johannes Tuchel

Hedwig Porschütz, geboren 1900, ist offiziell als Lageristin bei Otto Weidt angestellt. Sie beteiligt sich an Weidts Hilfsaktionen und versteckt in ihrer Berliner Wohnung von Januar bis zum Sommer 1943 die Zwillinge Marianne und Anneliese Bernstein. Im März 1943 nimmt sie auch Grete Dinger und deren Nichte Lucie Ballhorn auf. Als im Sommer 1943 im selben Haus ein jüdisches Paar festgenommen wird, verlassen die Untergetauchten das Versteck. Hedwig Porschütz wird wegen „Hortung von Lebensmitteln“ zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie ab Oktober 1944 bis Kriegsende im Arbeitslager Erdmannsdorf im Zillertal verbüßt.

Die Ehrung von Hedwig Porschütz als „Unbesungene Heldin“ lehnt die Berliner Senatsverwaltung für Inneres 1959 ab. Der Richter, der sie verurteilt hat, geht zur selben Zeit mit Höchstpension in den Ruhestand.

Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt

Rosenthalerstraße 39

Erster Hof, linker Aufgang

10178 Berlin

www.museum-blindenwerkstatt.de

6. November 2010 - 16.00 Uhr

Oberschöneweide

„Jüdisches Leben in Oberschöneweide“

Gerd Lüdersdorf, Autor des Buches „Es war ihr Zuhause. Juden in Köpenick“, führt durch die Wilhelminenhofstraße und Umgebung.

Gemeinsame Veranstaltung von VVN – Bda Köpenick e.V., Antifaschistisches Bündnis Südost, Jobwerkstatt Mädchen und Industriesalon Schöneweide

Treffpunkt: Eingang zum Peter-Behrens-Bau

Ostendstraße 1-5 / Ecke Wilhelminenhofstraße

bda-koepenick.de; abso.blogspot.de

07. November 2010 – 11.00 Uhr

Treptow

Matinée zum Jahrestag der NS-Pogromnacht 1938

Es spricht der Sohn von. Ruth Werner, Peter Beurton, es singt der Ernst-Busch-Chor

Veranstaltung im Rathaus Treptow, Neue Krugallee

Bund der Antifaschisten Treptow e.V.

www.bda-treptow.de

8. November 2010 – 15.00 Uhr

Niederschönhausen

Führung durch die Wanderausstellung

„Jüdisches Leben in Pankow - Vom Anbeginn zum Neubeginn“

mit Dr. Inge Lammel, der Autorin der Ausstellung.

Veranstaltet von der VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.

Max-Delbrück-Gymnasium

Kuckhoffstr. 2-22,

pankow.vvn-bda.de

9. November 2010 - 15.30 Uhr,

Pankow, Stadtteilzentrum Pankow,

Einweihung einer Gedenktafel für die frühere „Synagoge der Pankower Gemeinde“ in der Schönholzer Straße 10.

Veranstaltet vom Bezirksamt Pankow mit Unterstützung vom Stadtteilzentrum Pankow, VVN-BdA Berlin-Pankow e.V. und Förderverein Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus Pankow

pankow.vvn-bda.de

9. November 2010 - 17.00 Uhr,

Rathaus Pankow (Breite Str. 24A)

Präsentation der Wanderausstellung

„... auf dem Dienstweg“

Über die Verfolgung im öffentlichen Dienst während des deutschen Faschismus, die sich insbesondere gegen Jüdinnen und Juden sowie KommunistInnen und SozialdemokratInnen richtete.

9. November 2010 – 18.00 Uhr

Charlottenburg

72. Jahrestag der Pogrome vom 9./10. November 1938

Jüdisches Gemeindehaus, Fasanenstr. 79/80,

Konzertante Aufführung der Kinderoper „Brundibár“ des im KZ-Auschwitz ermordeten jüdischen Komponisten Hans Krása. Begrüßung: Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Gebet: Rabbiner Tovia Ben-Chorin El Mole Rachamim: Kantor Isaak Sheffer. Kranzniederlegung am Mahnmal des Jüdischen Gemeindehauses Kaddisch.

Veranstalter: Jüdische Gemeinde zu Berlin

Obama entschärft Atomdoktrin
www.jungewelt.de
US Regierung ändert Militärstrategie: Nukleares Angriff nur noch unter eingeschränkten Bedingungen
Berlin kommt am besten durch die Krise
Linke Gewalt schwer im Kommen
Frühlingsgefühle am Arbeitsmarkt
Betrugrekord mit 165.000 Fällen
So wird bei Hartz IV abgezockt!
Angriff auf Bundeswehr nahe Kundus: Bedingt gefechtsbereit
Afghanistan: Karsai legt sich mit dem Westen an
Massiver Mißbrauch auch in DDR-Heimen
Zensur: Kurierservice DHL hilft Kubas Regime beim Schnüffeln
Israel: Einzige Demokratie im Nahen Osten
Vorschlag der Grünen: Hartz-IV-Empfänger als Hundekot-Kontrollure
Am Kiosk
Iran entwickelt Atomsprenkopf
Kein Geld für Krieg
Papandreou sucht Dialog mit der Türkei
Nein zur Mappus-Show
164 Millionen Menschen hungern

TERMINE

9. November 2010 – 16:30 Uhr

Grunewald

Schüler-Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht des 9. November 1938

Schweigemarsch mit leuchtenden Kerzen und Schultransparenten durch die Erdener und Trabener Str. zum Mahnmal „Gleis 17“ am S-Bhf. Grunewald.

Treffpunkt in der Erdener Str./Königsallee gegenüber dem Rathenau-Gedenkstein

17.00 Uhr Kundgebung am Mahnmal „Gleis 17“

Moderation: Felix Recke (Gottfried-Keller-Gymnasium),
Grußwort: Petra Pau, Vizepräsidentin des Bundestages

9. November 2010 – 17.00 Uhr

Moabit, Mahnmal Levetzowstraße

Gedenkkundgebung und anschließend antifaschistische Demonstration

Solidarität mit den Opfern des deutschen Antisemitismus und Rassismus

www.aim-berlin.de.vu

12.-14. November Siempre Antifascista 2010

Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4

Vom 11. bis 20. November 2010 findet zum dritten Mal das „Siempre Antifascista“ statt. Kern der antifaschistischen Aktionstage stellt die internationale Konferenz vom 12. – 14. November in Berlin dar. Die Konferenz mit antifaschistischen Gruppen und Referent_innen möchte anhand von Workshops aktuelle Probleme und Aktionsfelder einer globalen Antifa-Bewegung analysieren und eine Plattform für eine internationale Vernetzung bieten.

19. November - 20.00 Uhr (pünktlich!)

Cortina Bob, Wiener Str. 34

Konzert mit Produzenten der Froide, United Struggle und Wasted Youth.

Und danach zur AIM-Soliparty in der Meuterei!

20. November - 20.00 Uhr

Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Straße 130

Konzert mit Los Fastidios, The Movement, Rejected Youth, Riot Brigade und Feine Sahne Fischfilet.

siempre.red-skins.de



13. November 2010 – 12.00 Uhr

Pankow

Rundgang zu Stätten ehemaligen Jüdischen Lebens

mit Claudia Saupe,
Treffpunkt vor dem ehemaligen Jüdischen Waisenhaus (Berliner Straße 120/121, nahe Garbatyplatz, U-/S-Bhf. Pankow)

Veranstaltet vom Förderverein Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus Pankow und der VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.

13. November 2010 – 16.00 Uhr

Prenzlauer Berg

„Erzählcafé“ - Dr. Inge Lammel spricht über ehemaliges jüdisches Leben in Pankow.

Interkulturelles Haus (Schönfließer Str. 7, Prenzlauer Berg):

Veranstaltet von Oase Pankow, Kulturen im Dialog und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

pankow.vvn-bda.de

15. November 2010 – 18.30 Uhr

Friedrichshain

ANTIFA Jour Fixe: Elfriede Brüning - Schriftstellerin und Zeugin eines Jahrhunderts

Die Berliner VVN-BdA lädt zum Jour fixe ein: An jedem 3. Montag des Monats um 18.30 Uhr ins Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin (U 5 zwischen Strausberger Platz und Werberwiese).

berlin.vvn-bda.org

17. November 2010 - 18.00 Uhr

Treptow

„Du musst leben!“-

Kinder des Krieges, Kinder des Holocaust.

Karlen Vesper stellt ihr Buch vor

Bund der Antifaschisten Treptow e.V.

Begegnungsstätte PRO, Kieholzstraße 275, 12437 Berlin

www.bda-treptow.de

19. November - 21 Uhr

Meuterei, Reichenberger Str. 58

AIM-Soli-Party

Soli-Party für die Kosten von Kundgebung und Demonstration am 9. November. Mit u.a. Lucha Amada (Radical Mez-tizo, Latin-Ska, Punky Reggae, Patchanka Sounds). Weitere Acts angefragt!

www.aim-berlin.de.vu

20. November 2010 - 15.00 Uhr

Friedrichshain

Silvio Meier Demo 2010

Am 21. November 1992 wurde der Hausbesetzer und Antifaschist Silvio Meier am U-Bahnhof Samariterstr. von Neonazis erstochen. Im Gedenken an ihn findet deshalb jedes Jahr eine antifaschistische Demonstration in Berlin statt.

www.antifa.de

Aufstand in Sobibór

Die Geschichte des Thomas Blatt – Ein Videointerview

Am 14. Oktober 1943 gelang Häftlingen im NS-Vernichtungslager in Sobibór der erfolgreiche Aufstand und Ausbruch. Sobibór wurde von der SS neben Belzec und Treblinka als eines der zentralen NS-Todeslager betrieben. Etwa 250.000 Juden und Jüdinnen wurden hier ermordet, die meisten von ihnen aus Polen, den Niederlanden, Frankreich, Belarus, der Tschechoslowakei, Russland, Litauen und Deutschland/Österreich deportiert. Ausbruchsversuche in Kleingruppen oder alleine gab es mehrere, einige davon auch mit Erfolg. 1943 wurden jedoch von einer Gruppe von Gefangenen Pläne zum kollektiven Aufstand erarbeitet, die schließlich in die Tat umgesetzt werden konnten, als jüdische Kriegsgefangene aus der Roten Armee eingeliefert wurden, die den notwendigen Umgang mit Waffen beherrschten.

Thomas (Toivi) Blatt war zur Zeit des Aufstandes 15 Jahre alt und hat neben 53 anderen nicht nur den Ausbruch, sondern auch die Zeit im Versteck während des Nationalsozialismus und der Nachkriegspogrome in Polen überlebt. Er ist Autor der Bücher „From the Ashes of Sobibór. A Story of Survival“ (1997), „Nur die Schatten bleiben. Der Aufstand im Vernichtungslager Sobibór“ (2000) und „Sobibór - Der vergessene Aufstand. Bericht eines Überlebenden“ (2004). Bei der Entstehung des Films „Escape from Sobibor“ (Regie: Jack Gold, UK 1987) war er gemeinsam mit dem Überlebenden Stanislaw Szmajzner beratend tätig.

Aktuell ist Thomas Blatt Nebenkläger im Prozess gegen John Demjanjuk, Wachmann aus dem Lager Sobibór. Er lebt in Seattle und Santa Barbara, wo das Interview ihm geführt wurde.

Film und Diskussion mit den Filmemacherinnen Lisa Bolyos und Katharina Morawek

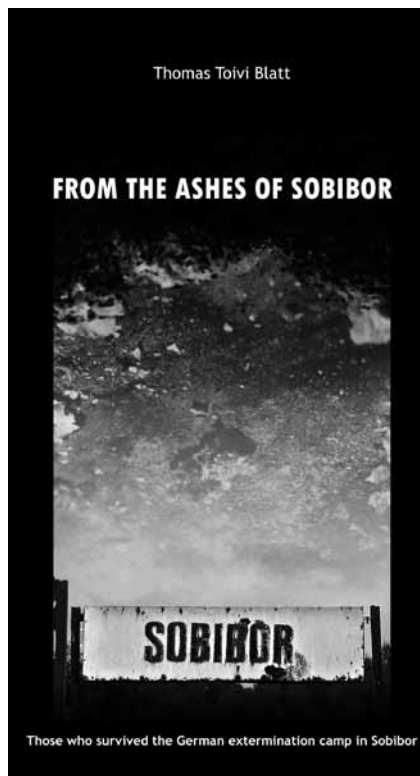
Sonntag, 14. November 2010 / 16.00

Filmrauschpalast in der Kulturfabrik Moabit

Lehrter Straße 35, 10557 Berlin

Veranstalterin:

Antifaschistische Initiative
Moabit / Mitglied in der
Berliner VVN-BdA



AUSSTELLUNGEN

„Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“

Noch bis zum 30. Januar 2011

Jüdisches Museum Berlin

Die Ausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“ erzählt erstmals die gesamte Geschichte dieses Verbrechens und seiner Folgen nach 1945. Die in der Ausstellung präsentierten historischen Exponate und Fotografien ermöglichen es, das rassistisch definierte Verhältnis zwischen Deutschen und Zwangsarbeitern auszuloten - mit allen Handlungsspielräumen, die sich den Menschen boten. Und sie zeigen, dass die Zwangsarbeit von Beginn an Teil der rassistischen Gesellschaftsordnung des NS-Staates war: Die propagierte „Volksgemeinschaft“ und die Zwangsarbeit der Ausgeschlossenen - beides gehörte zusammen.

Eintritt: 4 Euro, erm. 2 Euro

Führungen durch die Ausstellung:

Montags um 18 Uhr (ab 4.10.), sowie nach Vereinbarung unter Tel. +49 (0) 30 25993 305 oder fuehrungen@jmberlin.de

Öffnungszeiten:

täglich 10-20 Uhr, montags 10-22 Uhr

U1, U6 Hallesches Tor; U6 Kochstraße; Bus M29, M41, 248.

Begegnungen mit ehemaligen jüdischen Zwangsarbeitern

Nach einem Workshop zur Ausstellung treffen die Teilnehmer Ruth Gumpel, die bei der Lampen- und Radiofabrik Ehrlich & Gratz in Berlin-Treptow Zwangsarbeit leisten musste, und Hanni Levy, die als 16-jährige zur Zwangsarbeit in einer Stoffspinnerei in Berlin-Zehlendorf verpflichtet wurde.

Termine nach Vereinbarung (nur im November)

„Überlebende – Survivors – Nitzulim“

Fotografien von Aliza Auerbach

Noch bis 27. Januar 2011

Centrum Judaicum

Die israelische Fotografin Aliza Auerbach zeichnet in minimalistischer, sehr berührender Form das Schicksal Überlebender der Schoah fotografisch nach. Portraits von Geflohenen aus den verschiedenen Ländern Europas, die sich nach Israel retten konnten, werden von Fotos persönlicher Erinnerungsstücke begleitet. Ein gerahmtes Bildchen, ein kleiner Löffel, ein gesticktes Deckchen, ein Brief, Dinge, die aus dem Familienbesitz gerettet werden konnten. Den Abschluss jeder Fotoserie bildet ein aktuelles Familienfoto, drei Personen oder auch 120 Mitglieder einer „neuen“, nach der Schoah gegründeten Familie.

Eintritt: 3 Euro | 2 Euro ermäßigt

Kombiticket mit der Ausstellung „One Room of Memories“

Eintritt: 5 Euro | 4 Euro ermäßigt

Geöffnet: So-Mo 10-20 Uhr; Di-Do 10-18 Uhr; Fr 10-17 Uhr,

Samstags und an hohen jüdischen Feiertagen (Rosh hashana und Jom Kippur) geschlossen

Stiftung Neue Synagoge - Centrum Judaicum

Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin

TERMINNE

THEATER NICHT NUR FÜR KINDER

„Die Kindertransporte – Berliner Kinder auf dem Weg nach London“

Theater an der Parkaue
9./10./11. November um 18.00

Berlin, Schlesischer Bahnhof. Von hier reisen im November 1938 einhundert- sechundneunzig jüdische Kinder aus Berlin mit dem ersten Kindertransport in die Freiheit Großbritanniens. Nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 öffnete die britische Regierung ihre Grenzen für die zeitweilige Aufnahme von bis zu 10 000 Kindern und Jugendlichen unter 17 Jahren. Jedes Kind darf einen Koffer, eine Tasche und zehn Reichsmark mit sich führen und ist mit einer Nummer abgezählt. Für die meisten ist es die erste große Reise überhaupt. Sie sind oft stolz, während es den Müttern und Vätern das Herz zerreißt. Wird es ein Wiedersehen geben? Der Abschied auf dem Bahnsteig wird ihnen verweigert, die Öffentlichkeit soll ausgeschlossen bleiben. In speziell eingerichteten Warteräumen umarmen Eltern und Kinder einander, die meisten ein letztes Mal. Am 2. Dezember treffen sie nach der Überfahrt von Hoek van Holland in Harwich ein. Für die Kinder ist diese Reise eine Reise des Abschieds: von der Kindheit, von den Eltern, von zu Hause, von der Sprache. Der letzte Kindertransport verläßt Berlin am 1. September 1939.

Viele der betroffenen „Kinder“, wie sie sich noch heute nennen, treten erst langsam aus dem Schatten der Überlebenden der Konzentrationslager hervor und beginnen zögerlich, von ihren Erlebnissen der Trennung und ihren Erfahrungen in der neuen Welt zu erzählen. Die Inszenierung verfolgt in Dokumenten und Berichten der Zeitzeugen diese Lebensschnitte.

Spieldauer: ca. 85 Minuten
Ab 12 Jahre
THEATER AN DER PARKAUE
Junges Staatstheater Berlin
Parkaue 29, 10367 Berlin
www.parkaue.de

„Ab heute heißt Du Sara“

im Berliner GRIPS Theater
Am 3. und 24. und 25. November 2010 um 18.00 Uhr!
Inge Deutschkrons autobiografisches Buch „Ich trug den gelben Stern“ wurde von Volker Ludwig und Detlef Michel für die Bühne umgesetzt. In 33 Szenen erzählt es von der Angst der Verfolgten, von vielen Menschen, die Inge und ihrer Mutter geholfen haben, und nicht zuletzt vom kämpferischen Mut eines jungen Mädchens, das nicht aufgibt. „Ab heute heißt du Sara!“, sagt ein Polizeibeamter 1938 zu der 16-jährigen Inge und stempelt ein ‚J‘ in ihren Ausweis - ‚J‘ wie Jude. Von nun an ändert sich alles im Leben der selbstbewussten Berliner. Immer auf der Flucht vor den Nazis macht sie mit ihrer Mutter eine Irrfahrt durch Berlin von Versteck zu Versteck.

www.grips-theater.de

